

Nov./Dez. 2019
Fr. 7.-/Euro 7.-



Land Grabbing – unerfüllte Versprechungen





Susy Greuter ist Sozialanthropologin und Mitglied des Afrika-Komitees. Kontakt: susy.greuter@bluewin.ch.

Dieses Afrika-Bulletin enthält einen Extrabund zum Tod von Robert Mugabe, Anführer des Befreiungskampfes der ZANU mit ihrem bewaffneten Arm, der ZANLA, und nach der Unabhängigkeit 37 Jahre Präsident von Zimbabwe. Das Afrika-Komitee hatte diesen Kampf in den 1970er Jahren unterstützt und Mugabe lange als Präsidenten hoch eingeschätzt. Danach aber musste es sich in schmerzlicher Erkenntnis zu den Kritikern des zum Diktator gewordenen Nationalhelden gesellen.

Zum Thema des Hefts: 2008 schlug die NGO GRAIN erstmals Alarm, weil Landübernahmen durch Finanzfonds, Agrarkonzerne und Regierungen stark anstiegen. Solches Land Grabbing betrifft vor allem die Länder des Südens. Die Finanzkrise, die darauf folgende Nahrungsmittelkrise und der EU-Beschluss, den fossilen Treibstoffen zehn Prozent «nachhaltigen» Bio-Kraftstoff beizumischen, liessen Investitionen in Land plötzlich als hoch lukratives Geschäft erscheinen. Zusätzlich pries die Weltbank den Regierungen solche Landkonzessionen als Mittel an, FDIs (Foreign Development Investments) zu gewinnen.

So wurden seit dem Jahr 2000 – zusätzlich zu den kolonialen und von der Weltbank schon immer geförderten Plantagenprojekten – weltweit rund 50 Millionen Hektar an Landkonzessionen vergeben. Doch 2018 errechnete GRAIN, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Konzessionen – nämlich 17,5 Millionen Hektar – entweder nie «unter den Pflug» kam oder das Projekt nach wenigen Jahren fallierte und verlassen wurde. Zurück blieb etwa abgeholztes, plattgewalztes, eventuell von leeren Bewässerungsgräben durchzogenes Land. Die früheren Nutzerinnen und Nutzer des Ackerbodens, der Weiden und Wälder hatten gemeinhin bei den Verhandlungen nichts zu sagen oder wurden mit Versprechungen auf Arbeit und Infrastruktur gefügig gemacht und teilweise in Randgebiete umgesiedelt. Das im Prozess als Staatsland erklärte Gebiet kann an andere Investoren neu konzessioniert werden, oder es verhandelt, weil jene, die es einst bebauten, sich kaum getrauen, es wieder offen zu nutzen.

Der Widerstand der Bevölkerung setzte schon mit der Konzessionierung ein und wurde häufig gewaltsam niedergeschlagen bis hin zu Mord, Haft und Vertreibung. Vierterorts schlugen internationale Akteure Alarm und machten die Proteste bekannt. Doch wo auch nationale NGOs sich diesem Problem zuwenden und die widerständige Bevölkerung sich vernetzt, kann es nach jahrelangen politischen und juristischen Kämpfen gelingen, das Land in die Verfügung der Bauern zurückzubringen. Davon berichten die Artikel von Marie von Schlieben vom Weltfriedensdienst und El Hadji Faye von Enda Pronat, Tina Goethe von Brot für alle und Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker. In unserem Hintergrundartikel, schliesslich, berichtet Yolande Gyr über die aktuelle Lage in Kamerun. ■

Wir wünschen eine spannende Lektüre!
Susy Greuter

Impressum

Ausgabe 176 | November/Dezember 2019
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 44. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 61-692 51 88 | Fax: (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Michael Aeby, Veit Arlt (Red.), Gertrud Baud, Ulrich Delius, El Hadji Faye, Pius Frey, Elisa Fuchs, Tina Goethe, Susy Greuter (Red.), Yolande Gyr, Silva Lieberherr, Barbara Müller (Red.), Marie von Schlieben, Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.).

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 177: 31. Dezember 2019.
Schwerpunktthema: «Wie sie überleben»
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Binnenmigration, Musik, Klimawandel.

Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Demonstration gegen Landnahme in der Gemeinde Keur Moussa (Senegal) am 14. Mai 2017 (Bild zVg. Enda Pronat).

Erneuerter Kolonialismus

Erfolgreicher Widerstand gibt Hoffnung

Land Grabbing durch internationale Investoren und Agrarkonzerne betrifft vor allem die Länder des Südens und dies in immer grösserem Ausmass. Silva Lieberherr beschreibt, dass nicht nur die industrielle Inwertsetzung der Konzessionen häufig misslingt und allseitige Versprechen nicht eingehalten werden. Auch der Widerstand der vormaligen Nutzer dieser Ländereien – die kaum je in die Verhandlungen einbezogen werden – lässt sich kaum unterdrücken. Trotz ungenügender Nutzung von Konzessionen führen diese Kämpfe indes noch selten zum Erfolg und bedürfen eines langen Atems.

Die Fläche des geraubten Landes wächst unentwegt weiter, auch wenn nicht mehr ganz so schnell wie zur Zeit des 2008 einsetzenden Booms. Seit dem Jahr 2000 haben gemäss der unabhängigen Monitoring-Initiative Landmatrix transnationale Konzerne und Investoren weltweit 50,2 Millionen Hektar Land unter ihre Kontrolle gebracht – davon 15,8 Millionen in Afrika. Weitere 28,7 Millionen sind im Moment weltweit in Verhandlung – 10,1 Millionen davon in Afrika. Immer mehr Land wird also von Konzernen und Investmentfonds kontrolliert und mit profitträchtigen Kulturen wie Palmöl, Zuckerrohr, Soja und Kaffee bepflanzt.

Unerwarteter Widerstand

Aber so einfach, wie es sich manche Investoren vorstellen, ist es nicht, aus Land Profit zu schlagen. Dies trifft vor allem auf West- und Zentralafrika zu, wo – im Gegensatz zu anderen Gebieten – die Regierungen die Interessen der Land Grabber nicht bis zum Letzten mit militärischen Mitteln verteidigen wollen oder können. Und der Widerstand ist gross. Denn die zehntausenden von Menschen, die bereits auf Land leben, das an Investoren und Konzernen verpachtet wurde, kommen in deren Plänen meist gar nicht vor. Mittlerweile zeigt sich aber, dass dieser Widerstand den Landrausch dämpft.

In Kamerun organisierten Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner Demonstrationen gegen die Expansionspläne der amerikanischen Herakles Plantage, die Ölpalmen in Naturschutzgebieten pflanzen wollte. Die Antwort war Repression: lokale Aktivistinnen und Aktivisten wurden von der Militärpolizei verhaftet. Dennoch hielten der Widerstand und die Kampagnen der Leute vor Ort an, und schliesslich wurde die Fläche der Konzession von 73 000 auf knapp 20 000 Hektar reduziert. Daraufhin verkauften die Investoren ihre Anteile. Die neuen Eigentümer haben offenbar Schwierigkeiten selbst die viel kleinere Fläche zu bepflanzen.

In Liberia hat der malaysische Konzern Sime Darby 2009 einen 63jährigen Pachtvertrag für eine 220 000 Hektar grosse Palmölplantage erhalten. Fast sofort geriet die Konzession in Schwierigkeiten, weil die Firma die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung nicht einholte, zu tiefe Kompensationen zahlte und Wald

abholzte. Die betroffene Bevölkerung wehrte sich und es folgten lange Verhandlungen und Proteste. Dieses Jahr kündigte Sime Darby nun an, Liberia bis Ende 2019 zu verlassen und die Konzession zu verkaufen. Seit der Unterzeichnung des Vertrags konnte das Unternehmen nur gerade fünf Prozent der Konzessionsfläche bebauen.

Diese erfolgreichen Kämpfe gegen Landraub sind nur zwei Beispiele für den mutigen und erfolgreichen Widerstand der Betroffenen. So zeigt ein neuer Bericht von Brot für alle und 19 vor allem lokalen Organisationen, dass mindestens 27 neue Palmölplantagen in West- und Zentralafrika aufgegeben wurden – auch wegen diesem Widerstand (siehe hierzu untenstehende Hinweise auf weiterführende Texte).

Ein schwieriges Geschäft

Es wird damit immer deutlicher, wie schwierig und teuer solche Plantagenprojekte sind – und dass die Kosten nochmal immens stiegen, würde die betroffene Bevölkerung für ihren Landverlust entschädigt. In Liberia ergab eine Studie von Global Witness über die riesige Konzession der Palmölfirma Golden Veroleum, dass die meisten der 14 000 Menschen, die im Konzessionsgebiet leben, den Zugang zu Ackerland und Wald zu verlieren drohen, auf den sie für Lebensmittel, Brennholz und Baustoffe angewiesen sind. Die Plantage bietet der Bevölkerung im Gegenzug nur 1650 Arbeitsplätze. Im Hinblick auf die Verhandlungen bezifferte die Studie den Nettoverlust für die Gemeinschaften auf 7,3 Millionen US-Dollar pro Jahr.

Die Plantagen und die mit ihnen einhergehenden Enteignungen haben oft eine lange Geschichte. Manche Konzessionsverträge und Plantagen stammen direkt aus kolonialer Zeit, andere basieren auf den Plantagenprogrammen der Weltbank in den 1970er und 1980er Jahren. Sie haben es kolonialen Plantagenfirmen erlaubt, ihre Präsenz in der Region wieder aufzubauen. Parastaatliche Unternehmen haben die Expansion der Palmölplantagen «im nationalen Interesse» vorangetrieben. Sie konnten sich darauf verlassen, dass die Regierungen die örtliche Bevölkerung auf der Basis von Präsidialerlassen und mit Unterstützung des Militärs vom Land vertreiben würden. In den 1990er und 2000er Jahren wurden die Plantagen durch die von der Weltbank erzwungenen Privatisierungsprozesse im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme an ausländische Unternehmen veräussert.

Der Kampf um Land, natürliche Ressourcen und gegen Konzerne und Investoren wird immer gefährlicher. Im letzten Jahr wurden gemäss dem Bericht von Global Witness weltweit mehr als drei Menschen pro Woche ermordet aufgrund ihres Kampfes für ihren Boden. Dass sich trotzdem so viele Menschen wehren und Erfolg haben, gibt Anlass zu Hoffnung. ■



Silva Lieberherr ist Agrarwissenschaftlerin und hat zu ländlichen sozialen Bewegungen in Indien promoviert. Sie ist Mitarbeiterin bei Brot für alle mit Schwerpunkt Landrechte und Landwirtschaft. silva.lieberherr@bfa-ppp.ch

Referenzen:
<https://tinyurl.com/palm-oil-investors>
<https://tinyurl.com/communities-fight-back>

Bäuerlicher Widerstand gegen Land Grabbing

Erfolge und Herausforderungen eines Überlebenskampfes

In Senegal konnten mehrere Gemeinden Ländereien zurückgewinnen, die bereits an ausländische Agrarunternehmen vergeben worden waren. Dies bedeutete allerdings, jahrelange Kämpfe auf politischer und schliesslich auch juristischer Ebene durchzustehen. Doch die Existenz und vorzügliche Basisarbeit von nationalen NGOs sowie die Vernetzungsbereitschaft der Bevölkerung machten es möglich, schreiben El Hadji Faye und Marie von Schlieben, die je eine nationale, respektive internationale NGO vertreten.



4

Protestmarsch gegen Land Grabbing und Umsiedlungen in der Gemeinde Yène (Bild: Enda Pronat, Mai 2019).

Über die Hälfte der rund 16 Millionen Einwohner Senegals leben in ländlichen Gebieten und hängen direkt von der Landwirtschaft ab. Doch diese Lebensgrundlage ist zunehmend gefährdet: Im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 ist es im Sahel-Staat wie auch in anderen afrikanischen Ländern zu einer Welle von Landübernahmen durch ausländische Investoren gekommen. Nach Schätzungen von Land Matrix waren im Jahr 2016 bereits 473 328 Hektar, also etwa 13 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Senegals betroffen.

Ackerland für Investoren

Der Senegal ist für Investoren besonders attraktiv: Das Land liegt strategisch günstig am Atlantik, verfügt über eine relativ gute Infrastruktur, grosse Wasservorkommen, eine junge Bevölkerung und einen wachsenden Markt. Hinzu kommt die neoliberale Ausrichtung der politischen Parteien, die sich seit dem Jahr 2000 an der Macht abgewechselt haben. Sowohl unter dem Regime des Ex-Präsidenten Abdoulaye Wade als auch unter dem derzeitigen Präsidenten Macky Sall hat sich die Agrarpolitik Senegals zunehmend auf die Rolle des Privatsektors bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion konzentriert. Um Investoren anzulocken wurde eigens die Nationale Agentur für die Förderung von Investitionen und Grossprojekten (APIX) gegründet. Diese Politik ist es, die häufig zu Land Grabbing führt und zu Lasten der lokalen Gemeinschaften geht.

Die (Zivil)gesellschaft mobilisiert sich

Für die ländliche Bevölkerung bedeutet Land Grabbing den direkten Verlust ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen, mit weitreichenden Folgen für die lokale Wirtschaft. Es beeinträchtigt die Ernährungssouveränität der Bäuerinnen und begünstigt die Zerstörung der Umwelt sowie den Verlust der biologischen Vielfalt. Die Auswirkungen von Land Grabbing werden durch die spürbaren Folgen des Klimawandels, die Dürren und Überschwemmungen in den letzten Jahren, weiter verstärkt und tragen zur Migration in die Städte bei. Aus diesem Grund kämpfen Organisationen der Zivilgesellschaft wie Enda Pronat (Protection Naturelle des Terroirs) auf verschiedenen Ebenen gegen dieses Phänomen an, indem eine agrarökologisch ausgerichtete Landwirtschaft gefördert wird und die Bauern und Bäuerinnen in ihrem Kampf zum Schutz ihrer Rechte begleitet werden. Auf nationaler Ebene betreibt Enda Pronat Lobby-Arbeit, um auf politische Änderungen hinzuwirken, die die Bedürfnisse und Rechte der ländlichen Bevölkerung berücksichtigen. Durch Sensibilisierungs- und Bildungskampagnen werden die Kapazitäten der lokalen Gemeinschaften aufgebaut und Opfer von Land Grabbing unterstützt. Dank dieser Basis-Arbeit können sich die betroffenen Gemeinden besser gegen die Offensive von multinationalen Konzernen und deren Politik zur Wehr setzen. Ein exemplarischer Fall hierfür ist die Gemeinde Dodel, die jedoch bei weitem kein Einzelfall im Land ist.

Dodel – ein sozialer und juristischer Sieg gegen Land Grabbing

Nach einem Dekret des Gemeinderats von Dodel im Norden Senegals vom März 2017 wurde der marokkanischen Unternehmensgruppe Afri Partners 10 000 Hektar Land in der Gemeinde für die Durchführung eines agroindustriellen Projekts zugesprochen. Diese Entscheidung wurde nur wenige Tage später per Präsidialdekret durch Macky Sall bestärkt. Die lokale Bevölkerung hat dieses Projekt von Anfang an abgelehnt, wurde jedoch weder vorab konsultiert noch in den Vergabeprozess miteinbezogen. Aus diesem Grund hat sich die Gemeinde in einem Bürgerkollektiv bestehend aus Jugendlichen, Frauen, Dorfvorstehern, religiösen Führern und Unterstützern organisiert, um gegen die Vergabe ihres Landes an ausländische Investoren vorzugehen. Zunächst entwarf das Kollektiv eine von mehreren hundert Personen unterzeichnete Petition, die dem Bürgermeister vorgelegt wurde, jedoch keine Wirkung zeitigte. Daraufhin schickte das Kollektiv Briefe an den Innenminister und verschiedene lokale Behörden, um über den Widerstand gegen das Grossprojekt zu informieren. Auch mehrere grosse Demonstrationen wurden organisiert. Mit der Dokumentation der Unregelmässigkeiten im Vergabeprozess wurde eine Klage zur Annullierung der Landvergabe vorbereitet, die im August 2017 beim Obersten Gerichtshof eingereicht wurde. Das Kollektiv berief sich dabei auf den Inhalt einer Vereinbarung zwischen den marokkanischen Investoren und den Behörden, bei deren Umsetzung über 36 000 Bauern und Bäuerinnen ihr Land sowie den Zugang zu Wäldern und Weideflächen verloren hätten. Dieser bäuerliche Widerstand führte zu Spannungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen, sodass die Regierung letztendlich ihre Genehmigung zurückzog. Dieser Erfolg wurde durch die Entscheidung des Obersten Gerichts vom April 2019, das ursprüngliche Dekret des Gemeinderats von Dodel aufzuheben, noch verstärkt.

Somit sind die zuvor an Afri Partners vergebenen 10 000 Hektar Land nun wieder als sogenannte Nationaldomäne deklariert, deren Verwaltung unter Aufsicht der lokalen Behörden steht, und die Bevölkerung kann dieses Land weiterhin für den Anbau und die Viehhaltung nutzen. Das Kollektiv setzt seine Informationskampagnen fort und erarbeitet nun gemeinsam mit der staatlichen Beratungsagentur im Bereich Landwirtschaft im Senegal-Flussdelta (SAED) Vorschläge zur Landnutzung für die lokale Bevölkerung.

Auch andere Gemeinden im Senegal haben ähnliche Kämpfe geführt und ermutigende Ergebnisse erzielt.

Initiativen zur Reform des Bodenrechts

Die Zugangs- und Nutzungsrechte für ländliche Gemeinden können jedoch nur dann gesichert werden, wenn gleichzeitig eine inklusive Reform des Bodenrechts ausgearbeitet wird. Der Präsident hatte 2012 eine nationale Kommission zur Bodenreform eingerichtet. Gleichzeitig gründete die Zivilgesellschaft mit Bauernorganisationen und Wissenschaftlern das Bündnis Cadre de Recherche et d'Action sur le Foncier au Sénégal (CRAFS), um gegen Land Grabbing und für ei-

nen gesicherten Zugang zu Land zu kämpfen. Das Bündnis führte landesweite Konsultationen mit der ländlichen Bevölkerung durch, um gemeinsam Vorschläge zur Bodenrechtsreform zu erarbeiten. Die Konsultierten sprachen sich eindeutig für die Beibehaltung der Nationaldomänen aus: Ganze 95 Prozent des Landes sind nach wie vor als Nationaldomänen definiert, zu der jeder und jede Zugang über ein Nutzungsrecht erhalten kann, das von den lokalen Gemeinschaften durch einen gewählten Gemeinderat verwaltet wird. Diese Forderungen wurden vom CRAFS in den politischen Dialog mit der Kommission eingebracht, die einen Grossteil der Vorschläge in ihr Rahmendokument zur Bodenpolitik aufgenommen hat. Dieses wurde dem Präsidenten im Frühjahr 2017 in Anwesenheit der Zivilgesellschaft überreicht, und die Kommission daraufhin aufgelöst. Die Umsetzung der Reform steht jedoch bis heute aus – die finale Entscheidung liegt beim Präsidenten.

Agrarökologische Ansätze statt Bodenspekulation

Trotz des massiven Widerstandes der Bevölkerung gegen Land Grabbing in verschiedenen Teilen des Landes und der Bemühungen der Reformkommission erliess die Regierung in aller Stille ein Dekret zur Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, um das Agro-Business weiter zu fördern und ausländische Investoren anzulocken. Damit kann der Staat die Vergabe von Land direkt organisieren, indem die als Nationaldomäne deklarierten Flächen in Staatsbesitz umgeschrieben und an private Investoren vergeben werden. Auf diese Weise steht die Bevölkerung in ihrem Kampf für den Zugang zu Land nicht mehr den lokalen Behörden oder Investoren gegenüber, sondern dem Staat. Laut dem geltenden Bodenrecht darf dieser Flächen, die als Nationaldomänen definiert sind, zwar nur dann umschreiben, wenn es sich um ein Projekt von öffentlichem Nutzen (*utilité publique*) handelt. Oftmals nützen die Projekte jedoch ausschliesslich privaten Interessen. Im Weiteren plant die Regierung mit Unterstützung der Weltbank ein neues Projekt, das verbriefte Bodenrechte vorsieht. Dies würde eine Privatisierung von Bodenrechten und die Entstehung eines Marktes fördern, was im Gegensatz zum Wunsch der Bevölkerung steht.

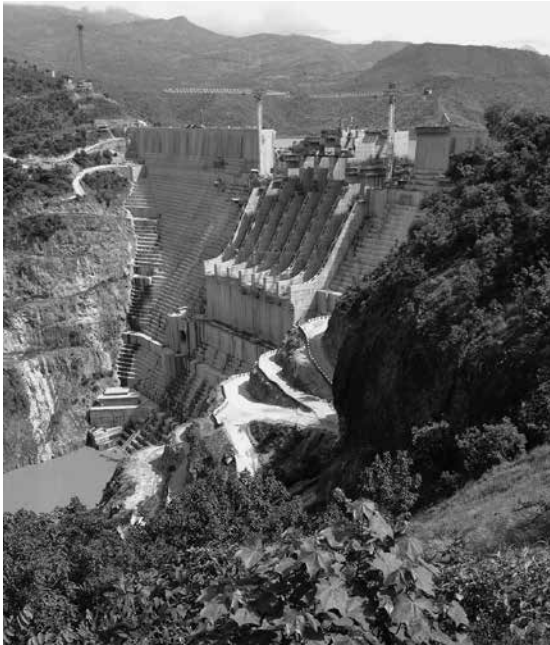
Eine Reform des Bodenrechts unter Beibehaltung des Prinzips der Nationaldomänen könnte eine nachhaltige Landwirtschaft im Senegal fördern, indem der Zugang zu Land für Gemeinden langfristig gesichert wird. Die derzeitigen privatrechtlichen Bestrebungen des Staates können hingegen Investoren zum Vorteil gereichen. Dies läuft dem dringend nötigen agrarökologischen Transformationsprozess zuwider, der nicht nur eine wesentliche Rolle für die Ernährungssouveränität im Senegal spielt, sondern insbesondere das Potenzial hat, als Massnahme gegen den Klimawandel im Sinne der Agenda 2030 zu wirken. ■

El Hadji Faye und Marie von Schlieben arbeiten gemeinsam bei der NGO Enda Pronat, einer Partnerorganisation des Weltfriedensdienstes, zur Förderung von Agrarökologie und Ernährungssouveränität im Senegal. Enda Pronat ist Gründungsmitglied des CRAFS und kämpft bis heute für die Umsetzung einer inklusiven Reform des Bodenrechts. Kontakt: von.schlieben@wfd.de.

Entwicklung contra Menschenrechte

Äthiopiens Regierung forciert die Intensivierung der Landwirtschaft

In Äthiopien machte sich die Regierung die Empfehlungen der Weltbank zur eigentlichen Leitlinie der Landwirtschaftspolitik. Ulrich Delius beschreibt die staatlich begünstigten Unternehmungen und internationalen Akteure, von denen viele die Erwartungen und Versprechen auch bezüglich der in Arbeit genommenen Fläche nicht erfüllten. Während der Staat Rekurs nahm, liess er gleichzeitig nicht von der Umsiedlungspolitik ab. Im Vielvölkerstaat Äthiopien scheinen Minderheiten keine Lobby zu haben, was ihre Proteste relativ erfolglos bleiben lässt.



Der Damm Gibe III in Wolayita. Das grösste Staudammprojekt Afrikas wird im Endausbau aus fünf Dämmen bestehen (Bild: Mimi Abebayehu 2016, Wikimedia Commons).

Äthiopiens Regierung kündigte im Jahr 2009 an, rund 2,7 Millionen Hektar Land zu äusserst günstigen Bedingungen langfristig an Unternehmen aus Südasien und der arabischen Welt verpachten zu wollen, um so die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Steigerung landwirtschaftlicher Exporte voranzutreiben. Besonders indische Unternehmen suchten angesichts der im Jahr 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise nach lukrativen Investitionsmöglichkeiten. Investierten indische Firmen im Jahr 2006 nur 300 Millionen US-Dollar im Land, so waren es im Jahr 2009 bereits 4,3 Milliarden US-Dollar.

Für die im Westen Äthiopiens gelegene Region Gambela hatte die Förderung der industriellen Landwirtschaft und des Land Grabbing durch die Behörden weitreichende Folgen. Die indische Firma Karuturi Global, einer der weltweiten Marktführer im Agro-Business, bekam den Zuschlag, 100000 Hektar Land in Gambela zu erschliessen und zu bewirtschaften. Zunächst sollten auf 20000 Hektar Ölpalmen angepflanzt

werden sowie auf 15000 Hektar Zuckerrohr und auf 40000 Hektar Reis. In nur drei Jahren wollte das Unternehmen bereits 60000 Landarbeiter beschäftigen.

Doch die vereinbarten Zielsetzungen hielt die Firma nicht ein. Als nach fünf Jahren erst 5000 Hektar Land in neuen Plantagen erfasst waren, zogen Äthiopiens Behörden die Notbremse und kündigten im Dezember 2015 fristlos den Pachtvertrag mit dem Unternehmen. Der Konzern klagte gegen die Entscheidung vor einem äthiopischen Gericht. Schliesslich zog Karuturi die Klage zurück, als dem Unternehmen im April 2018 ein neuer Pachtvertrag über 7000 Hektar Land in Gambela angeboten wurde.

Industrielle Landwirtschaft wird zur Plage

Die lokale Anuak Bevölkerung und andere Gruppen wurden niemals zu dem Projekt befragt oder in die Planung einbezogen. Nach dem Willen der Behörden sollten sie ihr angestammtes Land verlieren und in neuen Dörfern zentral angesiedelt werden. Die Anuak sahen ihr Existenzrecht mit Füessen getreten und leisteten zähen Widerstand gegen die Zwangsumsiedlung. Doch Äthiopiens Behörden gelang es, die unruhige Region weitestgehend von der Aussenwelt abzuschirmen, so dass das Land Grabbing kaum bekannt wurde. Mit Einschüchterungen, willkürlichen Festnahmen, Folter und anderen Zwangsmassnahmen brachen die Behörden den Widerstand von Kritikern dieser Politik.

Der Karuturi-Skandal war kein Einzelfall. Das indische Unternehmen BHO Bio Products hatte zugesagt, 27000 Hektar landwirtschaftlich zu bewirtschaften. Nachdem es nur 3000 Hektar erschlossen hatte, verschwand die Firma aus Gambela.

Der saudi-arabische Milliardär Mohamed Al-Amoudi verfügt über ein weites Netzwerk von Unternehmen, seine Firma Saudi Star Agricultural Development PLC ist auch in Gambela aktiv. Sie hat dort eine Fläche von 10000 Hektar gepachtet und weitere Ackerflächen hinzu erworben, um Reis in industrieller Bewirtschaftung anzubauen. Amoudi galt als einer der Pioniere unter den ausländischen Investoren, wofür er im Jahr 2007 vom damaligen Premierminister Äthiopiens sogar als «Person des Milleniums» ausgezeichnet wurde.

Doch auch Saudi Star erfüllte seine Versprechen nicht. Analysten stellten in einer Studie fest, die Firma habe nach fünf Jahren Engagement in Gambela nur 3,5 Prozent der geplanten Produktion erreicht. So verlor auch Almoudi seinen Pachtvertrag.

Trotz der schlechten Erfahrungen mit ausländischen Investoren lernten die Behörden nichts aus diesem Desaster, beklagen Vertreter der Anuak. Noch immer würden die Anuak bei der Planung neuer Wirtschaftsprojekte missachtet oder benachteiligt. Vergeblich fordern sie lokale Lösungen für ihre Probleme und die Respektierung ihres Wissens, wie Landwirtschaft unter schwierigen Bedingungen am wirksamsten betrieben werden kann.

Strategie zwangsweiser Intensivierung der Landwirtschaft

Seit Jahren macht Gibe III Schlagzeilen. Der Grossstaudamm ist eines der grössten Entwicklungsvorhaben Afrikas. Das im Jahr 2006 begonnene Mega-Pro-

jekt ist inzwischen zu 68 Prozent fertiggestellt. Wenn alles nach Plan verläuft, soll der Staudamm ab Ende des Jahres 2020 rund 750 Megawatt Elektrizität für die Hauptstadt Addis Abeba und das Nachbarland Kenya produzieren. Im Endstadium des Ausbaus sollen die insgesamt fünf Gibe-Dämme 1870 Megawatt Elektrizität liefern. Gleichzeitig soll die Umgebung durch Bewässerungsanlagen in hochwertige Plantagen überführt werden. Es ist ein wahrhaft gigantisches Bauwerk, das seit Jahren seine Schatten im In- und Ausland vorauswirft. Schon ebenso lange bemüht sich Äthiopien in zähen Verhandlungen mit den Nachbarländern die Kritik auszuräumen und damit verbundene Drohungen von Kriegshandlungen zu beschwichtigen.

Neben dem aussenpolitischen Ärger muss sich Äthiopiens Regierung aber auch Kritik im eigenen Land stellen. Der frühere Premierminister Meles Zenawi hatte dem Bau absoluten Vorrang eingeräumt und selbst nach dem Rückzug ausländischer Geldgeber betont, man werde das Prestigeprojekt auch mit eigenen Mitteln realisieren. Kritikern warf Meles Zenawi vor, sie wollten Äthiopien rückständig halten, um das Land als Museum für ausländische Touristen zu nutzen. Auch unter seinem Nachfolger Premierminister Abiy Ahmed hat das Projekt höchste Priorität. Im Februar 2019 schloss die Regierung Äthiopiens mit zwei chinesischen Unternehmen Verträge im Wert von 153 Millionen US-Dollar über die Fertigstellung des Megaprojekts ab.

Indigene Völker verlieren ihren Lebensunterhalt

Kritik wird vor allem im Tal des unteren Omo-Flusses laut. Dort hatte die Regierung versprochen, mit dem Bau des Damms die Lebensbedingungen indigener Mursi, Bodi und Kwegu zu verbessern. Ihnen wurde bewässertes Land und Arbeit auf Plantagen versprochen. Auch werde man die jedes Jahr auftretende Überflutung ihres Landes dank des Damms besser regulieren können. Doch die Versprechungen erfüllten sich nicht.

Der Damm wurde ohne Einbezug und Zustimmung der örtlichen Bevölkerung realisiert. Viele von ihnen mussten ihr angestammtes Land verlassen und warten bis heute auf eine angemessene Entschädigung. Die Umgesiedelten verließen oftmals die von den Behörden vorgeschlagenen neuen Dörfer wieder, weil das zugewiesene Land nicht ausreichte, um ihre Familie zu ernähren oder weil die in Aussicht gestellten Bewässerungsanlagen ihren Betrieb nicht aufnahmen.

Die Mursi, die als Nomaden mit ihren Viehherden traditionell die wilden Uferweiden und Wälder entlang des Omo nutzten, wurden dazu gedrängt, ihre Viehwirtschaft aufzugeben und sich in den neuen Dörfern anzusiedeln. Arbeit sollten sie in den Plantagen finden, die aufgrund der Bewässerung entstehen sollten. Heute haben viele von ihnen diese Dörfer wieder verlassen, weil es keine Arbeit gibt. Sie versuchen, ihre Viehherden auf den umliegenden trockenen Hochplateaus zu ernähren. Dort sind die Lebensbedingungen allerdings viel harscher als im Tiefland entlang des Flusses. Ohnmächtig mussten sie mit anschauen, wie das seit Generationen von ihnen genutzte Land entlang des Omo gerodet wurde, um Platz für Plantagen zu schaffen.



Die Mursi, Kwegu und anderen Bevölkerungsgruppen drohen von relativ autark lebenden Nomaden zu Almosen-Empfängern staatlicher oder internationaler Lebensmittelhilfe zu werden. Dort, wo sie selbst Nahrungsmittel anbauen, werden sie zu Empfehlungsempfängern staatlicher Behörden, die strikte Vorgaben machen, was wann wie angebaut werden muss. So wird ihnen die Verantwortung über ihr eigenes Leben entzogen.

Enttäuschende Zuckerrohrproduktion

Ursprünglich sollte der Zuckerrohranbau durch die staatliche Zuckerindustrie in dem dank des Damms bewässerten Kuraz-Projekt 700 000 Menschen Arbeit geben. Doch die geplante Anbaufläche von 245 000 Hektar Land wurde schnell auf 175 000 Hektar verringert wie ein 2019 veröffentlichter Bericht des Oakland Institute aufzeigte (siehe Verweis am Ende des Artikels). Im Jahr 2016 wurde diese Fläche weiter auf 100 000 Hektar reduziert. Inzwischen werden gar nur noch 75 000 Hektar angestrebt. Von den geplanten sechs Fabriken zur Verarbeitung des Zuckerrohrs sollen nun nur noch vier gebaut werden, zwei dieser Betriebe wurden bereits errichtet. Dies bedeutet auch, dass die Zahl der neu eingerichteten Arbeitsplätze deutlich geringer sein wird als von Investoren und Regierung versprochen.

Katastrophale ökologische Folgen

Das Zuckerrohrprojekt hat schwerwiegende Folgen für die Umwelt. Denn der Wasser-intensive Anbau hat zur Folge, dass der Grundwasserspiegel in der Region weiter sinkt, die Versorgung der ärmeren Kleinbauern mit Wasser aufwendiger wird, und die Bodenerosion zunimmt. Denn die traditionelle Flora und Fauna wurden gezielt zerstört, um die maschinelle Bewirtschaftung der Felder zu ermöglichen. So wird die Lebensgrundlage der Bevölkerung des unteren Omo-Tales zur Förderung einer «Entwicklung» zerstört, deren Eckpunkte mit den Betroffenen nicht abgeklärt sind. Ein katastrophales Fazit eines Projekts industrieller Landwirtschaft, das laut der Regierung die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern sollte. ■

Die Bevölkerung und Umwelt am unteren Lauf des Omo-Flusses (hier bei Karo) sind stark vom Staudammprojekt betroffen (Bild: Richard Mortel 2016, Wikimedia Commons).

Ulrich Delius ist Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen. Kontakt: u.delius@gfbv.de.

Verweis: <https://tinyurl.com/how-they-tricked-us>

Sierra Leone:

Der erfolgreiche Aufstand der Frauen

In Sierra Leone hat der Kampf um die Nutzung einer bereits wieder verlassenem Ölpalm-Plantage immerhin zur gerichtlichen Aufhebung der Konzession geführt. Es ist ein Sieg der Dorffrauen, die sich (auch mit externer Unterstützung) mobilisierten – doch es ist erst ein Etappensieg, schreibt Tina Goethe. Der Kampf um die Nutzungsrechte geht weiter und muss, wenn gewonnen, durch neue Nutzungspläne zum Erfolg gebracht werden.

«Unsere Männer geben das Land weg ohne uns zu fragen, und wir können die Misere dann ausbaden.» Für die 35 Frauen aus verschiedenen Regionen Sierra Leones, aus Liberia, Kamerun und Guinea, die im August 2017 an einem Austauschtreffen in Port Loko im Westen des Landes teilnahmen, ist der Landverlust eine Katastrophe. «Wie sollen wir jetzt unsere Kinder ernähren?», fragten viele.

Obwohl die Frauen am Treffen der von Brot für alle unterstützten informellen «Ölpalm-Allianz» aus verschiedenen Ländern Zentral- und Westafrikas stammten, berichteten sie alle von gleichen Erfahrungen: Wegen der Ausweitung der Ölpalmplantagen haben sie ihr Land verloren, auf dem sie Lebensmittel für ihre Familien anbauten. Als Frauen wird ihnen die Verantwortung dafür zugeschrieben, dass die Kinder satt werden. Gleichzeitig verfügen sie meist nicht über die Landtitel, weil sie Frauen sind. Und als Frauen werden sie nicht in Verhandlungen einbezogen, in denen Regierungs- und Firmenvertreter die Chiefs oder Landbesitzer davon überzeugen, ihr Land abzugeben.

Landraub für Plantagen

Tatsächlich sah sich die Landbevölkerung der Länder West- und Zentralafrikas in den letzten 15 Jahren mit einer rasanten Expansion monokultureller Plantagen konfrontiert. Mit falschen Versprechen, den Menschen in den Dörfern «Entwicklung» zu bringen, haben die Regierungen meist ausländischen Unternehmen Millionen Hektar Land für den Anbau vor allem von Ölpalmen, aber auch von Kautschuk oder Zuckerrohr verpachtet.

In Sierra Leone, knapp doppelt so gross wie die Schweiz, sind fast 20 Prozent des landwirtschaftlichen Landes an internationale Firmen bzw. Investoren vergeben (www.landmatrix.org, 2018). In den meisten Fällen wurde dieses Land bisher für kleinbäuerliche Landwirtschaft genutzt, und im Wald bzw. Buschland sammelten die Frauen Holz, Heilpflanzen und Früchte.

Nur auf einem kleinen Teil der rund 770 000 Hektar, die in Sierra Leone als Konzessionen an Firmen vergeben sind, wird tatsächlich auch etwas angebaut. Der weitaus grössere Teil wird zwar von den Firmen beansprucht, aber nicht landwirtschaftlich genutzt. Damit leben die Menschen auf den Konzessionen in ständiger Angst, ihr Land plötzlich zu verlieren. Um ihre Ansprüche durchzusetzen heuern die Unternehmen Sicherheitspersonal an, legen tiefe Gräben rund um die Plan-

tagen an, verbieten den Durchgang sowie das Sammeln heruntergefallener Palmnüsse. Gewalt gegenüber Frauen und sexuelle Übergriffe durch das Sicherheitspersonal, Angestellte oder Arbeiter der Plantagen, sind weit verbreitet.

Land-Deals ohne Einbezug der Bevölkerung

Unter den Teilnehmerinnen am Treffen in Port Loko war auch Mamusu Dumbuya, eine engagierte Dorfchefin aus Mamanka Village, einem Dorf in der Nähe der Plantage. Sie berichtete, dass ihr Land bereits 2009 an die Firma Sierra Leone Agriculture Ltd (SLA) verpachtet worden war. Zwei Jahre später verkaufte der Besitzer von SLA, ein ehemaliger Soldat einer britischen Spezialeinheit, das Land an Siva Group, ein Unternehmen mit Sitz in Singapur, das einem indischen Milliardär gehört.

Während eines Feldbesuchs in Mamanka im Rahmen des Austauschtreffens erzählte die Dorfgemeinschaft, wie die – mittlerweile aufgegebene – Plantage ihr Leben beeinflusst. Vertreter der internationalen Organisation GRAIN, eine Mitorganisatorin des Treffens, brachten eine Kopie des Grundstücksvertrages mit, gemäss dem SLA 6557 Hektar Land im Bureh Chiefdom, in dem auch Mamanka liegt, verpachtet wurden. Es war das erste Mal, dass die Dorfbewohnerinnen und -bewohner die Vereinbarung überhaupt zu Gesicht bekamen. Sie waren empört und erklärten, dass aus der Kopie klar hervorgehe, dass keine der Autoritäten aus ihrem Dorf das Abkommen unterzeichnet habe. Einige der Unterschriften stammten von Menschen, die nicht einmal Grundbesitzer in der Gegend seien. Die während des Besuchs versammelten Leute aus dem Dorf erzählten, dass sie sich damals gegen das Projekt ausgesprochen hätten. Beim Versuch, das Unternehmen friedlich daran zu hindern, ihr Land zu räumen und zu besetzen, seien sie jedoch eingeschüchtert und bedroht worden.

Das Unternehmen habe ihnen darüber hinaus zahlreiche Versprechungen gemacht, beispielsweise gute Arbeitsplätze und Schulen für die Kinder in Aussicht gestellt. Keine der Versprechungen sei jemals eingelöst worden. Nur wenige Dorfbewohner wurden von dem Unternehmen seit seiner Gründung beschäftigt, und seit August 2016 hat das Unternehmen die Arbeiter überhaupt nicht mehr bezahlt.

Auch aus anderen Dörfern, die vom selben Landabkommen betroffen sind, ist zu hören, dass das Unternehmen seine Versprechen nicht gehalten habe, und Armut und Ernährungsunsicherheit in der Region angestiegen seien. Der Land-Deal im Bureh Chiefdom war Teil eines weit grösseren Handels von SLA über total 41 582 Hektar Land in Sierra Leone. Insgesamt waren drei Chiefdoms und über 25 Dörfer von der SLA-Landkonzession betroffen.

Für Mamusua Dumbuya und die anderen Teilnehmerinnen war spätestens nach den Gesprächen in Mamanka Village und den anderen Dörfern klar, dass sie handeln wollten und mussten. Und sie gingen daran, auch die Männer in den Dörfern davon zu überzeugen, den Kampf für ihr Land wiederaufzunehmen. Mit der Unterstützung der Rechtsschutzorganisation NAMATI (Sierra Leone) zogen sie schliesslich gegen das Unter-



Der Austausch unter 35 Frauen aus verschiedenen Regionen Sierra Leones, aus Liberia, Kamerun und Guinea an einem von Brot für alle unterstützten Treffen in Port Loko im August 2017 trug zu einer erfolgreichen Mobilisierung bei (Bild: Brot für alle, 2017).

nehmen vor Gericht. Insbesondere mit dem Ausbleiben der Pachtzahlungen war das Unternehmen vertragsbrüchig geworden. Im November 2018 entschied das Gericht daher zugunsten der Dorfgemeinschaften. Es ordnete an, dass SLA das gesamte Land von Port Loko zurückzugeben und 250 000 US-Dollar ausstehende Pachtzinsen zu zahlen hätte.

Für Mamusu Dumbuya und die anderen Frauen ist dies ein unglaublicher Erfolg: «Es waren die Proteste von uns Frauen, die Bewegung in die Sache gebracht haben. Niemand hatte sich für uns eingesetzt – nicht einmal unseren Ehemännern konnten wir trauen». Auch für die informelle Ölpalm-Allianz ist der Gerichtsentscheid richtungsweisend für die von Land Grabbing betroffenen Gemeinden in West- und Zentralafrika.

Neue Investoren wittern ihre Chance

Doch der Gerichtsentscheid ist erst der erste Schritt. Für die Dorfgemeinschaften stellen sich weitere komplexe Herausforderungen. Wie soll die Entschädigungssumme verteilt werden? Weil sich das Unternehmen zahlungsunfähig erklärte und aus Sierra Leone verschwand, entschied das Gericht, dass Ausrüstung, Gebäude, Mühlen, Düngemittel und andere Betriebsmittel beschlagnahmt und zur Deckung der unbezahlten Pachtgebühren und Entschädigungen für nicht bezahlte Löhne verwendet werden. (250 000 US-Dollar sind das niemals.) Es scheint jedoch, dass dieser Prozess nur mit den formellen Grundbesitzern durchgeführt wurde, während die Dorfgemeinschaften und Arbeiter nicht konsultiert wurden und bisher leer ausgegangen sind.

Eine noch existenziellere Herausforderung ist die Klärung, wer Anspruch auf Nutzung welchen Landes hat. Denn die wenigsten der Betroffenen sind formell Besitzerinnen, respektive Besitzer des Landes, das sie früher genutzt hatten. SLA hat mit der Rodung Wälder und kleinbäuerliche Felder zerstört und damit auch alle natürlichen Markierungen, die zur Kennzeichnung der Grenzen des Landes jeder Familie verwendet wurden.

Ausserdem meldete sich schon bald nach dem Gerichtsentscheid ein anderes internationales Palmölunternehmen, das Land von den Dorfgemeinschaften

pachten wollte. Die formellen Grundbesitzer aus den Chieftoms sahen darin eine Möglichkeit, mit ihrem Land über Pachtzinsen wieder schnelles Geld zu verdienen.

Der lange Weg zur selbstbestimmten Landnutzung

Andere, vor allem die Frauen, befürchteten, vom Regen in die Traufe zu kommen. Sie baten die sierra-leonische Organisation Women's Action for Human Dignity und die informelle Ölpalm-Allianz um Unterstützung und vereinbarten Anfang 2019 ein neues Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der Allianz. Es ging darum, von ähnlichen Erfahrungen aus den Nachbarländern zu lernen und Diskussionen innerhalb der Dorfgemeinschaften mit externer Moderation durchführen zu können. Dabei wurde ein Prozess angestossen, mit dem die Gemeinden eine gemeinsame Bewirtschaftung und Aufteilung des Landes bewirken können. Wie können erfolgreich Genossenschaften gebildet werden? Oder wie kann es den Familien, Gruppen oder Dorfgemeinschaften auch in kleinerem Rahmen gelingen, Palmöl und andere landwirtschaftliche Produkte selbst zu verarbeiten und zu vermarkten?

Solche Prozesse brauchen viel Zeit, um die verschiedenen Interessen von Frauen und Männern, Landbesitzenden und Landnutzenden, Zugewanderten, Jungen und Älteren berücksichtigen zu können. Brot für alle unterstützt die «informelle Ölpalm-Allianz» und das «Sierra Leone Netzwerk für das Recht auf Nahrung» darin, die Dorfgemeinschaften in diesem schwierigen Prozess zu begleiten. Denn um sich langfristig gegen Land Grabbing wehren und schützen zu können, brauchen die Dörfer Strukturen und Modelle, wie sie ihr Land selbstbestimmt verwalten und nutzen können. Und sie müssen in der Lage sein, von den Erträgen ihres Landes zu leben. ■

Tina Goethe ist Soziologin. Als Co-Leiterin des Bereichs Entwicklungspolitik bei Brot für alle ist sie für das Dossier Recht auf Nahrung verantwortlich. Kontakt: goethe@bfa-ppp.ch.

Hinweis: GRAIN veröffentlichte auf seiner Webseite einen Artikel zum Thema, der auf dem Bericht von Aminata Finda Massaquoi über den Besuch in Mamanka im Oktober 2018 beruht. Link: www.grain.org/e/6102.

Zum Tod von Robert Mugabe

Ein Abschied ohne Trauer

Das Afrika-Komitee war Teil der schweizerischen Solidaritätsbewegung, die den Kampf für die Unabhängigkeit Zimbabwes unterstützte. Es unterhielt in dieser Zeit enge Beziehungen zur ZANU und hatte auch direkten Kontakt zu Robert Mugabe. Die wechselhafte Entwicklung dieser Beziehung zeichnet Barbara Müller nach.

Es gibt wohl kaum einen Politiker, dessen Beurteilung durch die Weltöffentlichkeit dermassen krass von einem Extrem ins andere umschlug. Vor den ersten demokratischen Wahlen 1980 wurde Mugabe als blutrünstiger Terrorist und Kommunist verschrien. Die westlichen Mächte und ihre Geheimdienste, allen voran die ehemalige Grossmacht Grossbritannien, unternahmen alles, um seine Wahl zu verhindern. Nach dem Wahlsieg der ZANU wurden Anschläge auf sein Leben verübt. Seine berühmte Versöhnungsrede, mit der er sich als Präsident aller Zimbabwerinnen und Zimbabwer präsentierte, änderte die Wahrnehmung. Zimbabwe diente fortan als Beweis dafür, dass die Nachfolge eines auf rassistischer Segregation beruhenden Regimes, nicht in einem Blutbad enden musste. Diese Botschaft war im Hinblick auf Südafrika von Bedeutung, da die Westmächte dieses strategisch wichtige Land nicht an den Ostblock verlieren wollten. Mugabe war jetzt um jeden Preis ein «good guy». Dies änderte sich schlagartig erneut, als er 2000 die Farmen in weissem Besitz enteignete und begann, den Westen auch rhetorisch anzugreifen. Tony Blair erwog damals eine Militäraktion zu seiner Absetzung. Mugabe war zum Buhmann geworden, dessen Ablösung zum erklärten Ziel vieler westlicher Regierungen wurde. Viele Nachrufe konzentrieren sich einseitig auf die Verfehlungen von Mugabe und vernachlässigen den schwierigen Kontext, in dem seine Regierung handeln musste.

Teilnahmlosigkeit anstatt Trauer

In Zimbabwe gab es weder Freudenfeiern noch grosse Trauerbekundungen, als bekannt wurde, dass Robert Mugabe gestorben war. Stattdessen war eine

merkwürdige Teilnahmlosigkeit zu verzeichnen. An der staatlichen Trauerfeier blieb das Stadion zu drei Vierteln leer, was nicht erstaunt, wenn man sich die Euphorie vergegenwärtigt, mit der Mugabes Absetzung von der Bevölkerung im November 2017 gefeiert worden war.

Es dauerte ein paar Tage, bis pointierte Nachrufe erschienen, die zeigten, wie unterschiedlich die Rolle von Mugabe rückblickend eingeschätzt wird. Das hätte anders ausgesehen, wäre er im Jahr 2000 zurückgetreten. Auch dann hätten die Gräueltaten der 1980er Jahre in Matabeleland sein Ansehen beschädigt. Aber er wäre von vielen Menschen in Zimbabwe aufrichtig betrauert worden, man hätte sich an seinen bissigen Humor, seine brillanten Reden, seine Manierismen erinnert und wäre ihm dankbar gewesen, weil er Zimbabwe aus dem schrecklichen Krieg herausgeführt und einen modus vivendi mit den ehemaligen Feinden ermöglicht hatte. Man hätte seinen Einsatz für Bildung und Gesundheit gewürdigt, das Ansehen, das Zimbabwe damals dank ihm auf der ganzen Welt (noch) genoss.

Begegnungen während des Unabhängigkeitskampfes

Einige Mitglieder des Komitees begegneten Robert Mugabe während des Kampfes für die Unabhängigkeit. Ich selbst lernte ihn im Februar 1976 kennen, als er mit seiner ersten Frau Sally von Stockholm kommend in Zürich Zwischenstation machte auf dem Weg nach Ghana, wo das Grab ihres gemeinsamen Sohnes war. Mugabe war nach 11 Jahren Haft vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden, um vom Westen initiierte Verhandlungen mit dem rhodesischen Regime zu führen. Stattdessen hatte er sich heimlich über die Grenze zu den Guerrillakämpfern in Mozambique abgesetzt, um sich mit diesen zu besprechen. Die Europareise diente der verzweifelten Suche nach Unterstützung für die Lager in Mozambique. Am folgenden Tag fuhr ich ihn nach Immensee, wo er mit den Bethlehem-Missionaren die Situation in den Kriegsgebieten diskutierte. Offenbar vereinbarten die Gesprächsteilnehmer, dass die Missionare in Rhodesien via die Schweiz dem Hauptquartier der ZANU in Maputo undisziplinierte ZANLA-Kommandanten melden sollten. Mugabe beeindruckte unsere Gruppe damals sehr. Er sprach ruhig, eloquent und überzeugend, und wir hatten den Eindruck, von ihm ins Vertrauen gezogen zu werden.

1976 fand die Genfer Rhodesien-Konferenz statt, die gemäss dem sogenannten Kissinger-Plan eine Kompromisslösung für Rhodesien suchen sollte. Wir besuchten alle vier dort vertretenen Parteien der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Der Empfang bei der ZANU-Delegation war mehr als herzlich. Wir wurden allen Anwesenden als Schweizer Mitglieder der ZANU vorgestellt. Führende Mitglieder der ZANU oder Mugabe selbst informierten uns regelmässig über die politischen, diplomatischen und militärischen Entwicklungen. Wir kannten ihre Einschätzungen, erhielten Begründungen für die getroffenen Entscheidungen und waren so immer auf dem Laufenden.

Gertrud Baud und Hans-Ulrich Stauffer trafen Mugabe nebst anderen späteren Regierungsverantwortli-



chen an der Londoner Lancaster-House-Konferenz Ende 1979, an welcher die Durchführung der ersten freien Wahlen vereinbart wurde, welche Zimbabwe die Unabhängigkeit brachten. Mugabe interessierte sich für die eben erst abgeschlossene gesamtschweizerische Kampagne «Schulen für Zimbabwe», welche von zahlreichen Solidaritätsorganisationen getragen worden und Höhepunkt der Zimbabwe-Solidarität war.

Im April 1980 flatterte dann die Einladung zur Unabhängigkeitsfeier herein, der eine Einladung zum Empfang durch den neuen Premierminister Mugabe folgte. Seine Rede zur Unabhängigkeit Zimbabwes vom 18. April 1980 unter dem Motto «Die Fehler der Vergangenheit müssen vergeben und vergessen werden!» wurde vom Afrika-Komitee auf Deutsch herausgegeben – eine Rede, die den Geist der Versöhnung ausstrahlte.

Von der Euphorie zur Ernüchterung

Im Laufe der 1980er Jahre begann dann die schrittweise Entfremdung, die sich an den ersten Korruptionsfällen, an der willkürlichen Verhaftung von Frauen, die nachts allein unterwegs waren, am zunehmend autoritärer werdenden Regierungsstil und nach und nach auch an Berichten über den Gukurahundi (die Massaker in Matabeleland 1983) festmachten. Im Rah-



Zu Besuch in Zürich um 1977. Von links nach rechts: Rex Chiwara, Robert Mugabe, Dzingai Mutumbuka. (Bild: kämpfendes afrika).

men der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe versuchten wir wiederholt Mugabe zu treffen, um ihm kritische Fragen zu stellen. Dafür war er jetzt nicht mehr zu haben. Die Verbindung des Afrika-Komitees wie der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe zu Zimbabwe verlief immer weniger über die Regierung, die ZANU-PF oder ihnen nahestehende Institutionen, sondern über zivilgesellschaftliche Gruppen oder Organisationen. Über sie konnten wir die zunehmende Unterdrückung und Verfolgung von unabhängigen und oppositionellen Organisationen und Individuen aus nächster Nähe miterleben. Das Afrika-Komitee äusserte sich mehrmals öffentlich kritisch zur Politik der Regierung Mugabe und prangerte den immer repressiver werdenden Staat an. An unserer Solidarität mit der Bevölkerung haben diese Entwicklungen nichts geändertt. ■

Barbara Müller ist Ethnologin und langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees. Kontakt: b.mueller@unibas.ch.

Befreiungsheld oder autoritärer Kleptokrat? Ein Nachruf auf Robert Mugabe

Ebenso polarisiert wie zu Lebzeiten fallen die Bilanzen anlässlich des Todes des ehemaligen zimbabwischen Präsidenten aus. In seinem Nachruf zeichnet Michael Aeby ein differenziertes Bild des einstigen Guerrillaführers und späteren Langzeitpräsidenten Robert Mugabe. Der Autor lässt gleichzeitig die mit Mugabe untrennbar verbundene wechselvolle und leidvolle Geschichte des Landes Revue passieren.

In den westlichen Medien wird oft das Bild der Kornkammer Afrikas bemüht, die unter seiner Regentschaft zum Armenhaus wurde, um das Erbe der 37 Jahre andauernden Regierungszeit von Robert Mugabe zu karikieren. Dabei wird nicht selten unterschlagen, dass es sich bei der Kornkammer um einen Apartheidstaat handelte, von dessen strukturellem Erbe sich Zimbabwe seit der Unabhängigkeit 1980 nie zu befreien vermochte.

Wenn man dieser Tage in Zimbabwe, im restlichen Afrika und im Westen das politische Schaffen von Robert Mugabe erinnert, wird im öffentlichen Diskurs wiederum einerseits das Bild des Befreiungshelden gezeichnet, welcher der vormaligen Kolonialmacht Grossbritannien und dem neokolonialen Gebaren des arroganten Westens die Stirn bot, indem er das von den

weissen Siedlern geraubte Land an die verarmte schwarze Bevölkerung zurückgab. Andererseits wird Mugabe, der nach der Jahrtausendwende in der westlichen Vorstellungswelt an die Stelle von Idi Amin als der stereotype «afrikanische Diktator» trat, als kleptokratischer Alleinherrscher dargestellt, der Menschenrechte mit Füßen trat, Wahlen fälschte, Journalisten einkerkerte und mit einer verfehlten Landreform und Wirtschaftspolitik Millionen seiner Landsleute ins Exil trieb.

Wie kein anderer scheidet Robert Mugabe die Geister von westlichen und afrikanischen Intellektuellen, die entweder Antiimperialismus, Panafrikanismus und verteilende Gerechtigkeit oder liberaldemokratische Normen in den Vordergrund stellen. Weder das Bild des Befreiungshelden noch jenes des autoritären Kleptokraten vermag Mugabes sechs Jahrzehnte überdau-

ernde politische Karriere angemessen zu beschreiben, in der er sich in der westlichen Wahrnehmung von einem kommunistischen Rebellenführer zum blockfreien Hoffnungsträger und zuletzt antiliberalen Diktator wandelte.

Als Rhodesien im Zuge der Entkolonisierung verpflichtet werden sollte, der schwarzen Bevölkerungsmehrheit politische Mitbestimmungsrechte zu gewähren, erklärte das rassistische Regime von Ian Smith 1965 einseitig die Unabhängigkeit des Landes, in dem der Grossteil des fruchtbaren Landes und 51 Prozent der Gesamtfläche per Gesetz einer kleinen weissen Minderheit zustand.

Spaltung der Befreiungsbewegung

Mugabe, der an der Fort Hare Universität in Südafrika und am Kwame Nkrumah Institut im vom Kolonialismus befreiten Ghana studiert und als Lehrer gearbeitet hatte, gehörte zu jener Generation von jungen afrikanischen Nationalisten, welche in den 1960er Jahren den Widerstand gegen die koloniale Unterdrückung und das rhodesische Regime anführten. Doch entzweite er zugleich die Befreiungsbewegung und die zu befreiende Nation entlang ethnischer und politischer Gräben. Als Folge von politischen und persönlichen Differenzen mit der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) und deren Anführer, Joshua Nkomo, der anstatt einer Radikalisierung des Widerstandes eine Exilregierung bilden wollte, spalteten sich Mugabe und seine Mitstreiter 1963 von der Partei ab und gründeten die von Ndabaningi Sithole präsidierte Zimbabwe African Union (ZANU). Damit verursachten sie die Teilung der Unabhängigkeitsbewegung in einen Shona- und einen Ndebele-dominierten Teil, wodurch der Befreiungskampf über Jahrzehnte beeinträchtigt wurde.

Während Mugabe und seine politischen Mitstreiter zu vierzehn Jahren Gefängnis verurteilt wurden, führten ZAPU und ZANU nach ihrem Verbot mit Unterstützung der Sowjetunion und Chinas einen Befreiungskrieg aus ihren Stellungen in Zambia und Mozambique, in dessen Verlauf das rhodesische Regime Flüchtlingslager bombardierte und 30 000 Menschen ums Leben kamen. Ian Smith liess sich erst auf Drängen des verbündeten südafrikanischen Apartheidregimes, für welches der Krieg in Rhodesien eine Bedrohung darstellte, auf Verhandlungen ein. Mugabe wurde aus dem Gefängnis entlassen, um die Verhandlungen zu führen, und übernahm 1975 das ZANU-Präsidium, von dem er sich für die kommenden 42 Jahre nicht mehr verdrängen liess. Die Organisation für Afrikanische Einheit und die Frontlinien-Staaten des südlichen Afrikas zwangen ihrerseits Mugabe, mit Nkomo die gemeinsame Verhandlungsdelegation der Patriotischen Front (PF) zu bilden. Zuvor hatte sich Mugabe gegen eine Annäherung der Befreiungsbewegungen gestemmt, indem er die aus ZANU und ZAPU-Kämpfern bestehende Zimbabwe People's Revolutionary Army hatte auflösen und deren Kommandanten internieren lassen. Nach gescheiterten Friedensverhandlungen in Genf und dem Abschluss des Lancaster House Abkommens, das eine von Grossbritannien finanzierte Landreform vorsah, erlangte Zimbabwe schliesslich 1980 die Unabhängigkeit.

Am Vorabend der ersten Wahlen brach Mugabes Partei den Pakt mit ZAPU und bestritt im Wissen, dass ZANU die Shona-Mehrheit hinter sich scharen könnte, die Wahl im Alleingang. Nach seiner Ernennung zum Premierminister bildete Mugabe jedoch eine Einheitsregierung mit Nkomo und Smith. Im Westen galt Mugabe zunächst noch als Kommunist, doch verkündete er nach seiner Amtseinführung eine Politik der Versöhnung mit der weissen Bevölkerung, schloss Zimbabwe den blockfreien Staaten an und baute den Sozialstaat und das Bildungssystem mit Hilfe westlicher Geber aus. Zugleich führte ab 1983 die unter Mugabes Kommando stehende Gukurahundi-Brigade eine brutale Kampagne gegen eine kleine Gruppe von ZAPU-Dissidenten, der vermutlich 20 000 Zivilisten zum Opfer fielen. Von den durch die Mugabe-Regierung begangenen Gräueln gegen vermeintliche Unterstützer von ZAPU, welche sich mit der Sowjetunion und dem südafrikanischen African National Congress verbündet hatte, nahm man im Kontext des Kalten Krieges im Westen kaum Notiz.

Ausbau der Macht

Nachdem sich ZANU 1987 ZAPU einverleibt und ein Präsidialsystem eingeführt hatte, baute Mugabe seine Macht sukzessive durch 17 Verfassungsänderungen aus, neutralisierte Gegner mit dem von Smith geerbten Repressionsapparat und errichtete einen Quasi-Einparteienstaat. Durch die Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika und als Friedensvermittler in Mozambique verdiente sich Mugabe unterdessen internationales Ansehen und wurde 1994 gar von Königin Elisabeth II zum Ritter geschlagen.

Seine Macht begann erst Mitte der 1990er Jahre zu bröckeln, als Unmut über wirtschaftlichen Stillstand, Sozialabbau, Korruption, ein Demokratiedefizit und die Verstrickung in den Kongo-Krieg zur Bildung einer von Gewerkschaften angeführten zivilgesellschaftlichen Oppositionsbewegung führte, die eine Verfassungsreform forderte und 1999 das Movement for Democratic Change (MDC) ins Leben rief. Der Abbau von Sozialleistungen und wirtschaftlicher Stillstand war einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten verfehlten Strukturanpassungsprogramm geschuldet, dem eine Reduktion der Entwicklungshilfe vorangegangen war. Die exorbitanten Kosten der Militärkampagne auf Seiten der kongolesischen Kabila-Regierung, durch welche sich zimbabwische Generäle bereichern konnten, und Mugabes Entscheidung, 70 000 Veteranen nicht budgetierte Pensionen auszahlungen, um deren Gunst wiederzugewinnen, verursachte 1997 einen rapiden Zerfall von Währung und Wirtschaft. Während die neue britische Labour-Regierung die historische Verantwortung für die Finanzierung einer umfassenden Landreform von sich wies, stellte Mugabe nach einer gescheiterten Geberkonferenz die Zahlungen an den IWF ein, woraufhin der Fonds Zimbabwe mit Sanktionen belegte.

Landreform als Schachzug

Nachdem die MDC bereits ein Verfassungsreferendum gewonnen hatte und Mugabes ZANU-PF in den Wahlen von 2000 zu besiegen drohte, liess Mugabe,

um die Gunst der armen Landbevölkerung zu gewinnen, Kriegsveteranen gewähren, die sich das Land weisser Farmer gewaltsam aneigneten. Während sich die westliche Berichterstattung auf die Aneignung zahlreicher Farmen durch Regimevertreter konzentrierte, profitierten von der nachträglich legalisierten Landreform auch über 180 000 Familien von Kleinbauern. Die radikale Agrarrevolution zerschmetterte jedoch das Rückgrat der zimbabwischen Wirtschaft und stürzte das Land in eine tiefe Krise. Die Halbierung des Wirtschaftsvolumens, massive Arbeitslosigkeit, Massenauswanderung und eine Inflation von zuletzt 231 Millionen Prozent waren die Folge.

Die wirtschaftliche Misere ging einher mit einer politischen Krise, die von unsauberen Wahlen, dem Niedergang der Rechtsordnung, staatlicher Repression und Gewalt gegen die Opposition geprägt war. In der 2005 durchgeführten «Operation Murambatsvina» vertrieb das Militär, welches zunehmend in die zivile Regierungsführung eingriff, 700 000 Menschen aus Armutsvierteln in urbanen Oppositionshochburgen und zerstörte deren Häuser. Die Konfrontation mit westlichen Staaten, welche Sanktionen verhängten und dadurch das internationale Bild von Zimbabwe als rechtlösem «Schurkenstaat» prägten, verschärfte sich. Demgegenüber stellten sich afrikanische Staaten solidarisch hinter Mugabes Regierung, die es gewagt hatte, das koloniale Erbe der ungerechten Landverteilung zu korrigieren.

Ein Versuch der Southern African Development Community (SADC), die Krise durch die Vermittlung von Gesprächen und vorgezogenen Neuwahlen zu lösen, führte 2008 zunächst zu einer weiteren Eskalation. Nachdem die MDC die erste Runde der Wahlen gewann, orchestrierte das Militär im Vorfeld der Stichwahl für das Amt des Präsidenten eine Kampagne der Gewalt, bei der 200 Menschen getötet, 5000 Opfer von Gewalt und 36 000 vertrieben wurden. Mugabe gewann die groteske Wahl ohne Gegner, da die Gewalt seinen Herausforderer, Morgan Tsvangirai, zwang, seine Kandidatur zurückzuziehen.

SADC und Afrikanische Union (AU) erkannten Mugabes Wiederwahl nicht an. Anstatt Mugabe zum Rücktritt aufzufordern, beauftragten sie Südafrikas Präsidenten, Thabo Mbeki, die Bildung einer Einheitsregierung zu vermitteln. Nach zähen Verhandlungen, die im Kontext einer humanitären Krise und eines Cholera-Ausbruchs stattfanden, schlossen die Parteien schliesslich ein Globales Politisches Abkommen (GPA) und bildeten 2009 eine Einheitsregierung, wobei für Präsident Mugabes Juniorpartner, Tsvangirai, das Amt des Premierministers geschaffen wurde.

Der GPA-Prozess vermochte die politische Polarisierung und Gewalt im Land zu lindern, die Wirtschaft auf tiefem Niveau zu stabilisieren und mit Hilfe internationaler Geldgeber die sozialen Dienste wiederherzustellen. Nebst einer Verfassungsreform, welche die Macht des Präsidenten nur unwesentlich beschnitt, liess ZANU-PF aber kaum demokratische Reformen zu, und so fanden die fehlerbehafteten Wahlen von 2013, welche Mugabe haushoch gewann, abermals in einem Klima der Angst statt.

Zerfall der Opposition

Die Opposition zerfiel nach der Wahlniederlage, und auch das Aufbäumen einer kurzlebigen Protestbewegung 2016 konnte das Regime nicht in Bedrängnis bringen. Dennoch entglitten dem greisen Mugabe, der es stets verstand, die Lager innerhalb seines Machtzirkels gegeneinander auszuspielen, allmählich die Zügel. Im zehn Jahre andauernden Kampf um seine Nachfolge zwischen Emmerson Mnangagwa und Joice Mujuru stellte sich Mugabe 2014 schliesslich auf die Seite seines langjährigen Gefolgsmanns Mnangagwa. Doch schon kurz darauf entbrannte ein erneuter Nachfolgestreit zwischen Mnangagwa, der die alte Garde des Militärs hinter sich wusste, und einer jüngeren aber nicht minder korrupten Generation von ZANU-PF-Eliten, die von der Präsidentengattin Grace Mugabe angeführt wurde. Als Mugabe 2017 schliesslich dem Lager seiner Frau den Vorzug gab und Mnangagwa als Vizepräsident absetzte, beging der gewiefte Taktierer einen kapitalen Fehler.

Im November 2017 zwang die Militärführung, welche Mugabe durch den Befreiungskampf ins Amt gehoben und 37 Jahre lang an der Spitze des Staates gehalten hatte, sein Amt abzutreten. Da die AU keine verfassungswidrigen Regierungswechsel toleriert, wurde der de facto Militärcoup gegen Mugabe, der kurz zuvor noch undenkbar gewesen wäre, als eine durch das Militär assistierte freiwillige Machtübergabe dargestellt. Im nationalistischen Geschichtsnarrativ von ZANU-PF und dessen übersteigertem Heldenepos verblieb Mugabe jedoch auch unter seinem Nachfolger Mnangagwa, der für die Gräueltaten des Regimes mitverantwortlich ist, der Vater der zimbabwischen Nation.

An der schillernden Figur von Robert Mugabe, der am 6. September 2019 im Alter von 95 Jahren in Singapur verstarb, werden sich auch in Zukunft die Geister scheiden. Nicht nur die Staatsoberhäupter der AU, sondern auch weite Teile der afrikanischen Jugend werden ihn weiterhin als Kämpfer gegen den andauernden Imperialismus und Sozialrevolutionär feiern, während er im Westen zumeist nur als machthungriger Autokrat wahrgenommen wird. Mugabe hat einen wesentlichen Teil zur Befreiung Zimbabwes und des südlichen Afrikas von rassistischen Minderheitsregimen beigetragen. Doch hat er zugleich die Befreiungsbewegung gespalten und, wie in Bertolt Brechts Ballade des Wasserrads, das Unrechtsregime von Ian Smith lediglich mit dem Seinigen ersetzt. ■

Michael Aeby forscht am Institute for Democracy, Citizenship and Public Policy an der University of Cape Town. Im Anschluss an sein Doktorat in afrikanischer Geschichte an der Universität Basel war er Postdoc am Graduate Institute in Genf und arbeitete bei Swisspeace. Kontakt: michael.m.aeby@gmail.com.

Südafrika

Gekaperte Landreform

Schon seit der Jahrtausendwende sei die Reform auf bedenkliche Abwege gekommen, befindet die von Präsident Ramaphosa im Dezember 2018 eingesetzte beratende Kommission zur Landreform. Sie sei insbesondere zwischen 2011 und 2018 zunehmend durch Personen, die mit dem Ministerium für Agrarentwicklung liiert sind, zur Selbstbereicherung gekapert worden. Grossfarmen, die – teilweise künstlich durch interessierte Kreditgeber in Konkurs getrieben – zum Verkauf standen, wurden nach der günstigen Übernahme durch diese Interessenten übersteuert dem Staat verkauft, unter dessen Programm zum «proaktiven Landkauf». Dieses so genannte «Farm Flipping» wurde vor allem durch internationale Finanz- und Fruchthandelsfirmen praktiziert. Von einem Panel ausgewählte Aspiranten für den Betrieb dieser Farmen müssen sich der Supervision durch einen «strategischen Partner» oder ein Agrarunternehmen unterstellen (oft wiederum Firmen, welche das Land zuvor «geflippt» hatten oder aber Agrarunternehmen, die Spezis des Ministeriums für Landentwicklung gehören). Das Programm zur Rekapitalisierung und Entwicklung, welches Kredite für die Wiederinstandstellung der konkursiten Farmen zur Verfügung stellt, zahlte diese Subventionen an die «strategischen Partner», nicht an die ausgewählten Betreiber aus, mit dem Resultat, dass diese die Farmer nie erreichten und zahllose Farmen vergandeten. «Der Staat wurde in Kollusion mit Politikern der höchsten Ebene des Landreform-Programms geschröpft», konstatiert ein Mitglied der untersuchenden Kommission. ■

Zimbabwe

Neue Inflations-Wellen

Zum zweiten Mal seit 2016 hat die Reserve Bank of Zimbabwe im Juni dieses Jahres ein eigenes Tauschmittel eingeführt, den wieder erstandenen Zimbabwe Dollar. Zugleich wurde ein Gesetz erlassen, das den Gebrauch von südafrikanischen Rand oder US-Dollars, die seit 2009 pragmatischerweise den in Quadrillionen aufgelösten Zim-Dollar ersetzen, per sofort untersagte. Die Regierung fordert also die Kontrolle über das Geld zurück, kann allerdings wenig an der rasanten Inflation ändern, die 2016 mit der Einführung der Bond-Notes erneut in Gang kam und Ende Juni bei einer Jahresrate von 178 Prozent anlangte. Bei ihrer Einführung war die Bond-Note zwar als «eins zu eins an den US-Dollar gebunden» deklariert worden, doch der Bedarf nach international gültigen Devisen für den wachsenden Import selbst von Nahrungsmitteln und einfachen Gebrauchsgütern rief förmlich nach einem Schwarzmarkt für Devisen. Die Löhne der Staatsangestellten, zuvor in Bond-Notes, jetzt in Zim-Dollars ausgezahlt, sind seit 2016 von 475 US-Dollar wertmässig auf 47 US-Dollar abgestürzt, Renten und Pensionen sind in ähnlichem Masse dezimiert. Um allein die nötigsten Lebensmittel zu kaufen, wandern die – wohlweislich nicht mehr der Bank anvertrauten angesparten US-Dollar – nun auf den Schwarzmarkt. Dies ist der wohl einzige Ort geworden, wo ein befragter Absolvent mit einem Bachelor of Business Administration ein erkleckliches Einkommen erzielen kann, wohlwissend, dass er den Leuten zwar aus einer aktuellen Notlage hilft, gleichzeitig aber den Wert ihrer Einkünfte weiter zerfallen lässt. Den nötigen Nachschub an US-Dollars erhält er von distinguierten Mittelsmännern, welche anscheinend von noch besser vernetzten Figuren des Partei- und Regierungs-Establishments beliefert werden. Die Jugendsektion der ZANU-PF hat erstaunlicherweise eine Liste mit «Saboteuren» aus dieser Kaste veröffentlicht, darunter Namen von Söhnen von Ministern und Politikern. ■

Sudan

Welche Chancen hat das neue Kabinett?

Anfang September wurde in Khartum ein Regierungs-Kabinett eingeschworen, das auf der Basis zäher Verhandlungen zwischen der hoch mobilisierten Zivilgesellschaft und dem Militär möglich wurde. Gebildet wurde es durch den elfköpfigen Rat, bestehend aus sechs Mitgliedern der Zivilgesellschaft und fünf Angehörigen der Militärhierarchie. Damit sitzen freilich die Hauptträger der mafiösen Wirtschaftsverfassung mit ein, in der über Jahre die nationalen Ressourcen mittels extremer Gewalt zugunsten einer kleinen Gruppe von Potentaten organisiert wurde. Mehrere Spezialeinheiten und Milizen gehörten zu deren Machtapparat, so die berüchtigte RSS alias Janjaweed, welche in Darfur dafür sorgte, dass die dortigen Goldfunde in die «richtigen Kanäle» fliessen: die Privatschatullen der Mächtigen, deren Kopf Omar al-Bashir war. Der Kommandant der RSS, Mohamed Hamdan «Hemeti» Dagolo, gilt denn auch als einer der reichsten und zugleich mächtigsten Männer im Sudan, der von der Extraktion bis zum Handel alles kontrolliert. Er hat zwar geschworen, er werde sich an jeden Buchstaben der jetzigen Vereinbarungen halten. Doch welche Chancen das jetzt bestellte Kabinett haben wird, diese kleptokratischen Netze zu zähmen und dem Staat so die Mittel für eine friedvolle Entwicklung zukommen zu lassen, ist abzuwarten. Nach den monatelangen Strassenprotesten, welche schliesslich im April zur Absetzung al-Bashirs führten und die Verhandlungen durch fortgesetzte Besetzungen voranbrachten, ist zu hoffen, dass die Zivilbevölkerung auf der Hut bleibt und die internationale Unterstützung der Demokratisierung nicht nachlässt. ■

Rwanda

Rwanda nimmt festgehaltene Geflüchtete aus Libyen auf

Bereits 2017, als die Berichte über Sklavenmärkte in Libyen mit festgehaltenen Migranten und Migrantinnen öffentlich wurden, hatte Rwanda angeboten, solche aufzunehmen. Das UNHCR hat seit damals rund 4400 in Libyen gestrandete Menschen teils repatriert, teils in sicheren Aufnahme-ländern vor allem in Afrika untergebracht. Nun wird deren Zahl in liby-schen Lagern – über deren Zustand die Presse mehrfach kritisch berichtete – erneut auf 4700 geschätzt. Das Angebot Rwandas soll jetzt realisiert werden, wobei das UNHCR danach weitere Lösungen für die aus Libyen Evakuierten sucht, und ein Teil eventuell in Rwanda sesshaft werden kann. Das Prestige, Solidarität gegenüber Versehrten üben zu können, scheint Rwanda sogar die Kosten wert zu sein. Jedenfalls verneint die Regierung, von Europa dafür bezahlt zu werden. ■

Foreign Development Investment

Training von Web-Entwicklern weitgehend ausgesetzt

Ein amerikanisches Unternehmen hatte – unter anderem mit Finanzierung durch Facebook-Besitzer Marc Zuckerberg – in vier afrikanischen Hauptstädten Schulen für junge Talente in der Webentwicklung gegründet. Diese sollten nach der Ausbildung Aufträge für den internationalen Markt ausführen. Nun schliesst die Firma ihre Zweigstellen in Kenya, Nigeria und Uganda bereits wieder und entlässt Hunderte von Anwärtern. Lediglich die Filiale in Kigali (Rwanda) bleibt vorderhand aktiv. Talente gibt es – jetzt wieder auf der Strasse. ■

Kamerun

Window Dressing der Regierung gegen wachsenden internationalen Druck

Der immer noch andauernde Bürgerkrieg in den zwei englischsprachigen West-Provinzen Kameruns war erstmals Fokus einer Rede zur Nation des seit 37 Jahren herrschenden Diktators Paul Biya. Die Ansprache wies allerdings in keiner Weise auf eine Neubesinnung der Regierung bezüglich ihres Umgangs mit den Klagen und Forderungen der «Anglophonen» hin. Im Gegenteil erklärte Biya diese Forderungen als bereits erfüllt, wobei es aber (noch?) kaum reale Umsetzungen gibt. Das Vorgehen der Armee in den beiden Provinzen war nicht Thema, obwohl Kriegsverbrechen durch die «Ordnungstruppen» ebenso wie durch separatistische Partisanen nachgewiesen sind. Immerhin sollen 333 inhaftierte Anglophone (von mehreren Tausend), die anlässlich von Protesten ins Gefängnis kamen, begnadigt werden. Wohl auf internationalen Druck setzte Biya nun eine nationale Konferenz an, die Ende September in Douala 500 Delegierten aus Verwaltung, Justizwesen, Politik, Militär und Kirchen zusammenführte (siehe auch unseren Hintergrundbeitrag zur Krise in Kamerun). Gleichzeitig annullierte er die Teilnahme

der Regierung an UN-gestützten Gesprächen in Genf, an denen sich auch Vertreter der Sezessionsbewegung präsentieren wollten. Diese – sofern nicht bereits im Gefängnis, wie der soeben zu lebenslanger Haft für Rebellion verurteilte Sissiku Tabé – sind seit längerem im Exil und konnten ihrerseits aus Furcht vor Verhaftungen der Konferenz in Douala nicht beiwohnen. So machten die anglophonen Teilnehmer lediglich ein Viertel des Plenums aus und wurden hier erneut marginalisiert, ja niedergeschrien, da sich kein gemeinsames Terrain finden liess. Die reformerische Forderung nach Rückkehr zu einem föderalen Statut, wie es von 1961 bis 1972 galt, wurde von den frankophonen Vertretern generell als gar nicht zur Diskussion stehend abgetan. Aus der einwöchigen Zusammenkunft resultierte schliesslich ein Vorschlag der Oppositionspartei, der Bevölkerung ein Wahlrecht für die Provinzbehörde zu verleihen – wobei die Budget-Hoheit aber beim Zentralstaat bleiben soll. Der Krieg geht indessen weiter mit einer dreiwöchigen Ausgangssperre durch die Sezessionisten und der Fortsetzung der gewaltsamen, bereits seit drei Jahren währenden Schulschliessungen. Die Ankündigung der Ausgangssperre löste eine weitere Fluchtwelle von Tausenden aus den West-Provinzen aus. ■

Krise in Kamerun

Paul Biya ruft zum inklusiven Dialog auf

Die brisante Situation in Kamerun fand dieses Jahr den Weg in die Schlagzeilen der Schweizer Medien, als Geheimdienstleute von Präsident Biya Journalisten in Genf angriffen, die eine Protestversammlung von Exilkamerunern vor dem Hotel International verfolgten. Ihr Protest galt dem 82jährigen Präsidenten, der sein Land während Monaten vom Hotel in Genf aus regiert, wo er jeweils ein ganzes Stockwerk zu mieten pflegt, derweil sich sein Land in einer schweren Krise befindet. Nachdem die versprochene Autonomie für die beiden englischsprachigen Provinzen ausblieb, herrscht im Nord- und Südwesten Kameruns seit einiger Zeit ein eigentlicher Bürgerkrieg, der Tausende über die Grenze nach Nigeria vertrieben hat. Aber auch im französischsprachigen Teil des Landes wird die Opposition gegen das 37jährige autoritäre Biya-Regime stärker. Yolande Gyr beschreibt die jüngsten Entwicklungen in diesem Konflikt, dessen Wurzeln in der kolonialen Vergangenheit Kameruns liegen.

16



Präsidentschaftskandidat Maurice Kamto (hier an einer Pressekonferenz vom 8. Oktober 2018) feiert den Wahlsieg von Paul Biya an (Bild: Voice of Africa, Bagassi Koura, Wikimedia Commons).

Auf der Suche nach einer Lösung für die soziopolitische Krise, welche die anglophonen Provinzen Kameruns im Nord- und Südwesten seit 2016 erschüttert, erhielt Premierminister Dion Nguté den Auftrag, mit den verschiedenen Fraktionen der politischen Parteien, der Regierung und der Zivilgesellschaft Konsultationen durchzuführen. Dies kündigte der Präsident offensichtlich unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft am 10. September 2019 während einer besonderen Ansprache an.

Der Aufruf Paul Biyas zum Dialog mit seinen Landsleuten erfolgte nach der Verurteilung des Anführers der anglophonen Separatisten, Julius Sissiku Ayuk Tabé zu lebenslanger Haft am 20. August 2019. Maurice Kamto, der Präsident der Partei Mouvement pour la Renaissance du Cameroun (MRC) ist seit dem 28. Januar 2018 inhaftiert. Auch ihm droht eine unbegrenzte Gefängnisstrafe wegen «Feindseligkeit gegenüber dem Vaterland und Aufstand».

Dieser Aufruf zum Dialog ruft Erinnerungen an die Dreiparteien-Konferenz wach, die ebenfalls auf Initiati-

ve von Präsident Paul Biya im Oktober 1991 in Yaoundé stattfand – anstelle einer nationalen Konferenz mit dem Ziel, eine wirkliche Demokratie in Kamerun einzuführen, wie es die damalige Opposition unter Premierminister Sadou Hayatou gewünscht hatte. Die dreiseitige Tagung endete mit Vereinbarungen, die 26 Jahre später immer noch nicht voll umgesetzt wurden.

Misstrauen gegenüber Dialogangebot

Die öffentliche Meinung im Land betrachtet diesen Aufruf zum Dialog mehrheitlich als «Mogelpackung» und befürchtet, dass er eine «Gelegenheit zur Repression» darstellt. Die Reaktionen verschiedener regimekritischer Gruppen haben indessen wenig Beachtung gefunden. Unmittelbar nach der Rede von Biya haben sie Bedingungen für ihre Teilnahme an einem inklusiven Dialog gestellt. Dazu gehören unter anderem die Freilassung aller kürzlich verurteilten politischen Gefangenen; die Einstellung der Kämpfe und der Rückzug des Bataillon d'Intervention Rapide (BIR) sowie der Gendarmerie aus den anglophonen Gebieten, die Umset-

zung der 1991 von der dreiseitigen Konferenz beschlossenen Vereinbarungen (insbesondere zum Prozess der regionalen Dezentralisierung) sowie der Rücktritt von Paul Biya.

Politische Gefangene

Rund hundert Mitglieder und Sympathisanten des MRC wurden nach dem friedlichen Marsch vom 26. Januar 2019 in verschiedenen Städten des Landes verhaftet und in das zentrale Gefängnis von Kondengui gebracht. Sie demonstrierten ihre Opposition gegen die Wiederwahl von Paul Biya zu seinem siebten Mandat – nach 37 Jahren an der Spitze Kameruns – eine Wiederwahl voller Regelwidrigkeiten, die Maurice Kamto, einer der Kandidaten als elektorale Erpressung bezeichnete (Hold-up électoral).

Anwältin Michelle Ndoki, Anwalt Christian Penda Ekoka, Célestin Djamen, Paul-Eric Kingue, Alain Fogue, Mamadou Mota, Anwalt Maurice Kamto, alles führende Köpfe des MRC sind der «Rebellion» angeklagt, der «Feindseligkeit gegenüber dem Vaterland», der «Unruhestiftung» sowie der «Anstiftung zum Aufstand». Sie befinden sich in den Händen des Militärgerichts. In der Haft sind sie der Folter und anderen unmenschlichen Behandlungen ausgesetzt. Während des Protestmarsches vom 26. Januar 2019 prangerten sie die Weigerung der Regierung an, die anglophonen Gebiete des Nord- und des Südwestens zu befrieden, die Nichtrespektierung des Willens der Mehrheit der kamerunischen Wählerinnen und Wähler bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. Oktober 2018 sowie die Untätigkeit der Macht angesichts der Plünderung des Gemeingutes im Kontext der Vorbereitungen zum Afrika-Cup (CAN 2019), dessen Organisation Kamerun entzogen wurde – was als grosse nationale Schande gesehen wird.

Repression, Überwachung und Tribalismus

Gemäss den Informationsquellen des MRC wurden die Demonstrierenden schon nach wenigen Metern mit Tränengas zurückgedrängt. Es wurde mit scharfer Munition auf sie geschossen. Einige wurden verletzt, Hunderte von Personen verhaftet und inhaftiert. In den darauffolgenden Tagen suchte die Polizei die Spitäler von Douala ab und verhaftete die dort liegenden Verwundeten.

Professor Maurice Kamto wurde zwei Tage danach in Douala verhaftet, im Haus seines Strategieberaters Albert Dzongang, seinerseits Präsident der Partei La Dynamique. Am 7. März 2019 verurteilte das Militärgericht Kamto zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung, nachdem sein Gesuch auf provisorische Haftentlassung abgelehnt worden war.

In den zwei Provinzen des Nord- und Südwestens aber auch in Douala und Yaoundé, den zwei grössten Städten des Landes, sind Überfälle, Folter und standrechtliche Ermordungen an der Tagesordnung. Es werden praktisch keine Identitätskarten mehr ausgestellt. Als Grund dafür führen die Behörden «Papierknappheit» an. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die Kameruner und Kamerunerinnen so daran gehindert werden sollen, ausserhalb des Landes Oppositionsgruppen gegen das Regime von Biya zu bilden, wie das einige

Landsleute in Europa und Amerika nach den Präsidentschaftswahlen mit der Gründung der Brigade Anti Sardinard (BAS) taten.

Facebook-, Twitter- und Instagram-Konten werden durch das Biya-Regime überwacht. Auch die Kommunikation zwischen Einzelpersonen via Telefon oder WhatsApp wird mithilfe von eigens installierten Systemen bespitzelt. Einige Personen, die sich im Westen aufhielten und danach ins Land zurückkehrten, wurden am Flughafen von den Behörden angehalten, weil sie ihre Meinung zur soziopolitischen Situation über die sozialen Medien kundgetan hatten. Die Medien der Opposition werden eingeschüchtert. Die im Dienst des Regimes stehenden privaten Medien schüren Hass zwischen den Ethnien.

In den Regionen des Zentrums, des Südens und Ostens, werden Kameruner, die wie Maurice Kamto der Ethnie der Bamileke angehören, seit den letzten Präsidentschaftswahlen Opfer von Beschimpfungen, Angriffen und Einschüchterungen durch andere Ethnien, insbesondere der Beti, der Ethnie von Paul Biya. Auch wurden mehrere Dutzend Brände mit krimineller Urheberschaft registriert. Die abgepackelten Geschäfte gehören wie zufällig Kamerunerinnen aus den anglophonen Gebieten oder Angehörigen der Bamileke.

Künstler und Künstlerinnen im Visier

Auch engagierte Musiker werden vom Regime auf Korn genommen. Sie werden verhaftet und gefoltert wegen ihrer Opposition gegen die Ungerechtigkeiten. Der kamerunische Künstler Longuè Longuè, mit richtigem Namen Longakana Agno Simon, wurde im letzten April in Douala von der Sicherheitspolizei des Militärs (Sémil) angehalten, als er in einem Hotel einen Kaffee zu sich nahm. Im Polizeigewahrsam wurde er gefoltert, bedroht und ein paar Tage später wieder freigelassen. Der Sänger hatte kurz davor ein Video in die sozialen Netzwerke gepostet, in dem er verkündete: «Der Sieger der letzten Präsidentschaftswahlen in Kamerun ist Maurice Kamto, der Kandidat des MRC. Ich bin überzeugt, dass bei einer Wiederholung der Wahlen, Stadt für Stadt, Maurice Kamto gegenüber Präsident Biya mit 500 Prozent gewinnen würde.» Seither lebt der Musiker in Angst. Er verbreitet zahlreiche Videos im Web, in denen er – unter Tränen – das Präsidentenpaar, Paul und Chantal Biya, um Verzeihung bittet. Inzwischen wurde ihm auch der Pass entzogen. Er kann das Land nicht mehr verlassen.

Der kamerunische Rapper Valsero wurde ebenfalls wegen seines Engagements und seiner Unterstützung für die oppositionelle MRC eingekerkert. Er wurde zusammen mit anderen Aktivisten während des friedlichen Marsches vom 26. Januar 2019 verhaftet. ■

Yolande Gyr ist kamerunische Journalistin und lebt in der Schweiz. Sie hat als Reporterin in Kamerun für mehrere Zeitungen gearbeitet. Jetzt engagiert sie sich für Menschenrechte und Umweltschutz. Kontakt: yann.gyr@gmail.com.

Literatur

Buchbesprechungen



Geschichten zur Zukunft eines Kontinents

sg. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Stimmen Afrikas verfassten zehn Autorinnen und Autoren kurze Zukunftsvisionen für Afrika im Jahre 2060. Die Kurzgeschichten reichen von apokalyptischen Dystopien über hoffnungsvolle Projektionen von Einzelschicksalen hin zu Märchen von einer allerdings wenig rosigen Zukunft. In zwei dieser Projektionen ist die Klimakatastrophe Ausgangspunkt, doch während die eine den Norden des Planeten im Eis untergehen lässt und ein verschontes, erfolgreiches Afrika zum Fluchtziel wird, überleben im anderen lediglich die Reichen, die sich auf Luftschiffe gerettet haben, während afrikanische Flosse nun versuchen, an diese anzudocken. Eine weitere Geschichte schildert das belastete Lebensgefühl von Überlebenden eines ewigen Krieges.

Es sind keine Schlaraffenland-Utopien, aber immerhin glauben zwei Autorinnen, dass – eingebettet in eine Familiengeschichte! – diese kommenden 40 Jahre ihnen den Aufstieg zu Weltrang oder zum höchsten Amt in ihrer Heimat bringen könnten. Angesichts der völligen Freiheit der bekannten Autorinnen und Autoren, das Thema entweder populär oder einfach gefällig anzugehen, bietet das Buch einen überraschenden und tiefgehenden Einblick. ■

Christa Morgenrath & Eva Wernecke (Hrsg.): *Imagine Africa 2060*. Zürich 2019 (Peter Hammer Verlag).

Kühne Mädchen

ef. Eine aufmüpfige junge Frau, die in den USA lebt, wird von ihrer Mutter zur Tante nach Lagos geschickt, wo ihr die vermeintlich so brave Cousine ein Beispiel sein soll – ein Plan, der gründlich daneben geht. Ein kühnes Mädchen verstummt, weil sie erlebt, wie sehr ihr Vater unter der Abwesenheit seiner Frau, die für

drei Jahre in den USA studiert, leidet. Eine wohlbehütete Heranwachsende ist fasziniert von der Unerschrockenheit eines Hausmädchens, das sich nicht um soziale Konventionen schert und viel riskiert. Die Kurzgeschichten von Lesley Nneka Arimah sind dicht und faszinierend, verstörend manchmal auch, und lassen in einer frischen und funkelnden Sprache auf wenigen Seiten die Komplexität von Familiendramen erahnen. Im Zentrum stehen in vielen Geschichten Mädchen und junge Frauen und deren Beziehung zu Mutter und Familie. Die meisten von ihnen haben Mut und ein gesundes Selbstbewusstsein, manche werden aber auch durch die Umstände, das Gewicht von herkömmlichen Vorstellungen oder durch nackte Gewalt gezwungen, auf ihre Träume zu verzichten, sich anzupassen. Dabei, so die Autorin «braucht es die kühnen Mädchen um die Wölfe dieser Welt in Schach zu halten.»

Die Welt, die Arimah beschreibt, ist eine zunehmend globalisierte, in der sich Machtverhältnisse neu strukturieren. Aber die Unterprivilegierten von heute riskieren, wieder auf der Seite der Verlierer zu landen. In der verstörenden futuristischen Titelgeschichte sind die nördlichen Kontinente überschwemmt worden. Überlebende wurden von afrikanischen Ländern aufgenommen und bilden mit den einheimischen Eliten zusammen neue politische Einheiten wie die «Allianz Britannien-Biafra». Neueste Technologien ermöglichen ihnen nicht nur die Kontrolle von Menschen, sondern auch die Absorption von Gefühlen wie Leiden und Trauer, was die geplante Eliminierung gewisser Bevölkerungsgruppen widerstandslos durchführbar machen soll. Aber vielleicht ist doch ein Fehler in der Formel ...

Es ist kein Zufall, dass die junge nigerianische Autorin, die in den USA lebt, für ihren Erstling

schon mehrere literarische Preise bekommen hat. Ihre Geschichten sind von grosser Aktualität und von beeindruckender emotionaler Differenziertheit. ■

Lesley Nneka Arimah: *Was es bedeutet, wenn ein Mann aus dem Himmel fällt*. Hamburg 2019 (CulturBooks Verlag).

Südafrika-Krimi

bf. Boll kennt Südafrika und beschreibt die Zustände und die Mentalität sehr gut. Er beschreibt die Menschen, ihr Leben und die Kultur eindrücklich.

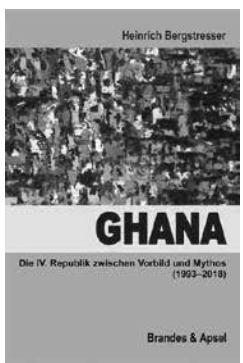
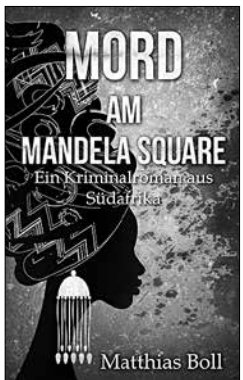
Die Deutsche Pia gründet mit drei Südafrikanerinnen und Südafrikanern eine Bürgerrechtsbewegung, die Obdachlose unterstützt und ihnen Unterkunft in einem alten Hotel verschafft. Auf die Mitglieder werden nacheinander Anschläge verübt. Der deutsche Wissenschaftler Frank Sattler wird nach Südafrika geschickt, um Pia, die Tochter seines Freundes zu retten.

Politischer Einfluss, soziale Gerechtigkeit und die Botschaft, dass Geld Macht bedeutet in einen Krimi einzubetten ist an sich ein guter Ansatz. Doch leider verzettelt sich der Autor in zu vielen Handlungssträngen. Die Bewegung in Johannesburg als Hauptthema einerseits und eine nicht ganz nachvollziehbare Entführung eines Torpedos in der Nähe von Kapstadt andererseits.

Einiges scheint an den Haaren herbeigezogen und trägt so nicht zu einer spannenden Handlung bei. Wie kommt ein Wissenschaftler dazu, sich aufgrund eines nächtlichen Anrufs, auf Verbrecherjagd zu begeben anstatt die Polizei einzuschalten? Wieso gibt ein hoher Polizeibeamter Sattler Ermittlungsergebnisse bekannt, obwohl dieser eigentlich zu den Verdächtigen gehört?

Schade, ich habe mir mehr erhofft an Spannung und einem guten Plot. ■

Mathias Boll: *Mord am Mandela Square*. Köln 2019 (Tia Verlag).



Ghana – die vierte Republik

hu. Heinrich Bergstresser blickt auf die Entwicklung Ghanas im letzten Vierteljahrhundert zurück. Das Land – einer der ersten unabhängigen Staaten Afrikas – hat sich zu einer stabilen Demokratie entwickelt und gilt in vielen Belangen auch als wirtschaftliches Vorzeigemodell. Diese Entwicklung setzte erst in den 1990er-Jahren ein, nachdem das Land etliche Krisen und Staatsstriche durchlebt hatte. Interessanterweise setzte die Transformation zur demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung noch unter Jerry Rawlings ein, der einst selbst durch einen Militärputsch an die Macht gelangte. Bergstresser zeigt auf, wie traditionelle Herrschaftsmodelle demokratisch weiterentwickelt wurden, und wie dadurch im Land Stabilität erreicht werden konnte. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde durch eine marktliberale Politik ermöglicht, die weitestgehend auch vom IWF mitgetragen wurde. Offenbar führte dieser Ansatz in Ghana tatsächlich zu einem Aufschwung. Heute steht Ghana politisch wie wirtschaftlich gefestigt da, aber – so räumt der Autor ein – es bestehen noch zahlreiche Herausforderungen und auch Misserfolge mussten hingenommen werden. Trotzdem: Aus der Entwicklung Ghanas kann gelernt werden. Eine ausführliche Chronologie der wichtigsten Ereignisse dieses Vierteljahrhunderts schliesst das lesenswerte Buch ab. ■

Heinrich Bergstresser: Ghana. Die IV. Republik zwischen Vorbild und Mythos (1993-2018). Frankfurt a.M. 2019 (Brandes & Apsel).



Africa Express in Johannesburg

Ein Projekt das seinen Ursprung in der Londoner Klubszene hatte. Beteiligt daran der umtriebige und immer wieder in Afrika tätige Musiker Damon Albarn, der nigerianische Drummer Remi Kabaka und der House-Musiker Poté.

Im Januar 2018 ging es nach Johannesburg. Ein kleines Studio wurde eingerichtet und verschiedenste MusikerInnen wurden kontaktiert. So ergaben sich diverse Sessions. Das Resultat ist nun auf der CD Egoli zu hören. Eine vielfältige Dokumentation südafrikanischer Pop-Musik. So zum Beispiel Kwaito, dieser südafrikanische House-Sound und der daraus entstandene aktuelle Gqom. Dann die grosse Breite südafrikanischer Folkmusik, Elektro, Rap, R&B bis zu Trenchtown-Punk. Mit dabei auch die einzigartige Sängerin Moonchild Sanelly mit ihrem elektronischen Xhosa Ghetto-Funk, die sich engagiert zu drückenden Themen äussert. Ihre Parolen für Frauenrechte sind in eine Musik verpackt, welche keine Berührungängste kennt und mit Leichtigkeit

verschiedene Stile mixt – Jazz, Ethno, Elektro, Afro-Punk.

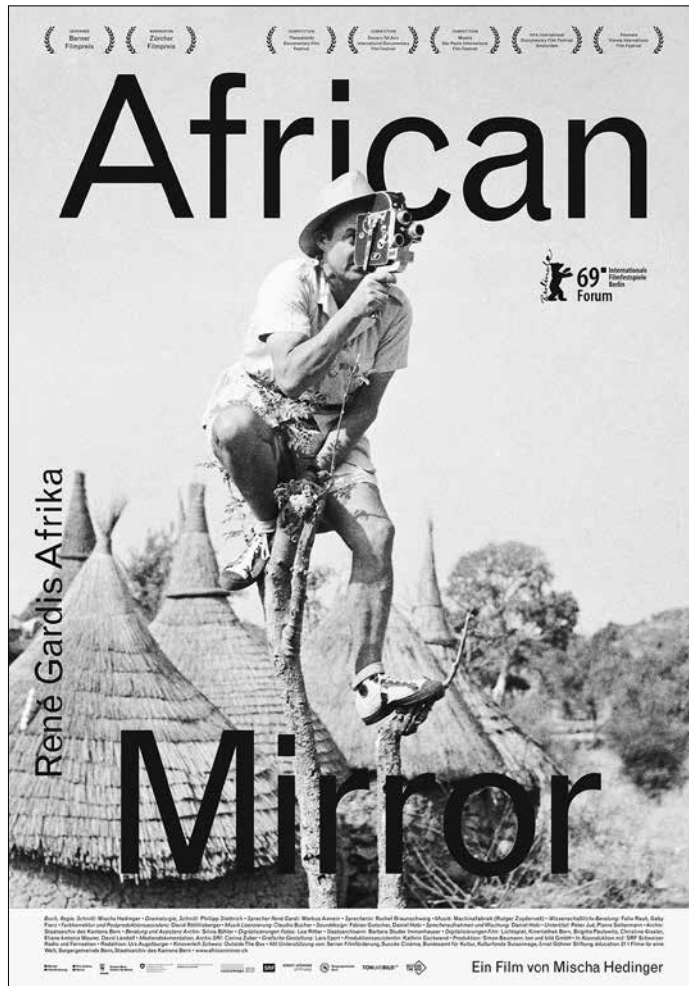
Auch Veteranen und Veteraninnen spielen auf Africa Express eine wichtige Rolle. Der Zulu Gitarrist Phuzekhemisi ist zu hören, die Mahotella Queens und der Township-Sänger Nonku Phiri von BCUC.

Das Projekt Africa Express begann 2006. Es ging darum, etwas für die Vielfalt und Lebendigkeit afrikanischer Musik zu unternehmen, sie international bekannter zu machen. 2013 wurden dann in Mali, in Bamako, Sessions mit «Wüstenblues»-Musikerinnen und Musikern durchgeführt. Daraus entstanden Platten und Tourneen.

Nun ist der Africa Express in Südafrika gelandet und mit Egoli ist eine Produktion entstanden, welche die Vielfalt und die brennende Aktualität der heutigen südafrikanischen Pop-Musik sehr tanzbar rüberbringt. Leicht und beschwingt vermischen sich Tradition und Moderne, Analog und Digital zu pulsierender, frischer Musik. ■

Africa Express: Egoli. 18 Tracks. 69 Min. CD und Vinyl. Africa Express Records AFEX002.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



Film: African Mirror. René Gardis Afrika

Der Schweizer René Gardi (1909–2000) erklärte uns über Jahrzehnte hinweg den afrikanischen Kontinent und seine Bewohner.

In Büchern, Fernsehsendungen und Filmen schwärmte René Gardi von den schönen nackten Wilden und der vormodernen Zeit, in der sie lebten. Die angeblich heile Welt wurde zu Gardis Paradies und Afrika zur Projektionsfläche für die Sehnsüchte der Zuhausegebliebenen. Der Film African Mirror erzählt die Geschichte unseres problematischen Afrikabildes anhand von Gardis Archiv, in dessen ambivalenten Bildern sich unser europäisches Selbstverständnis vielfach spiegelt. Der Film entlarvt das Bildermachen als eine Form des Kolonialismus und zeigt, wie wir uns bis heute einem Blick in diesen Spiegel verweigern.

Der Dokumentarfilm African Mirror feierte vergangenen Februar im Forum der Berlinale Weltpremiere und ist zur Zeit auf Festivaltournee. Gerade eben wurde er für den Zürcher Filmpreis 2019 nominiert. Am 12. November 2019 startet der Film in den Deutschschweizer Kinos.

Premieren und Spezialveranstaltungen

- 12.11.2019, 20:00, Kino Kinok, St. Gallen
- 13.11.2019, 18:30 Kino Riffraff, Zürich
- 14.11.2019, 20:15 Kino Rex, Bern
- 15.11.2019, 20:15 Kino Fachwerk, Allschwil
- 18.11.2019, 18:00 Kino Rex, Bern
- 19.11.2019, 18:30 Kino Riffraff, Zürich
- 21.11.2019, 19:00 Stattkino, Luzern